

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KÜPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. — Retaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der erste Streich. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Die Schutzzollpolitik und die Arbeiter, III. Die Kriegervereine als gelbe Organisationen. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, III. Können Gelbe streiken? Aussperrung und Lehrlingsausbildung. Ortsberichte: Saalfeld. — **Der Lithograph:** Deutscher Lithographen-Bund in Lique. — **Die Tapetenbranche:** Ermahnung. — **Feuilleton:** Reimspiel. Mietskasernen und Gartenstadt. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Streik- und Aussperrungsorte:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. M. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. S. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Höchst a. M. Hofgöhlenau. Höxter. Kempen. Rhld. Kiel. Kirchhain N.-L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenuh b. Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln b. Dresd. Mühlhausen i. Thür. Nerdau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schleifau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.

Bei jedem Stellenwechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind nachzutragen die Firmen
Hermann Kiehe-Köln,
Wiegert & Co.-Stuttgart.
Berlin, 12. Januar 1912.

Der erste Streich.

Die Hauptwahlen zum deutschen Reichstage sind vorüber. Die erste Schlacht ist geschlagen. Ihr Ergebnis ist ein glänzender Sieg unserer Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Sie vereinigte auf ihre Kandidaten 4238919 Stimmen, mit andern Worten: mehr als ein Drittel aller Reichstagswähler hat sich für die Sozialdemokratie erklärt! Und weiter: sie eroberte im ersten Wahlgange 64 Mandate und kommt in 121 Wahlkreisen in die Stichwahl mit bürgerlichen Parteien. Der 12. Januar hat also erfüllt, was wir erhofften: er wurde zu einem Tage der Genugtuung und des Triumphes für das Klassenbewußte und politisch reife Proletariat.

Glänzend sind besonders die Ergebnisse der Reichstagswahl in der Reichshauptstadt, in Berlin. Hier hatte sich seit der vorigen Reichstagswahl die Zahl der Wahlberechtigten im 1., 2., 3. und 4. Kreise um 11756 verringert. Trotzdem brachte es die Arbeiterpartei in diesen vier Wahlkreisen auf 10400 Stimmen mehr wie 1907! Die Zahl der Wähler im 5. Kreise war seit der vorigen Wahl nur um 376 gestiegen; die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat dagegen um 3000 zugenommen! Und im 6. Kreise hat sich die Zahl der Wähler seit 1907 um 23000, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen aber um 43000 vermehrt! In ganz Berlin — d. h. in den 6 Stadtkreisen ohne Niederbarnim und Teltow-Beeskow, die auch noch Teile Berlins und die Berliner Vor-

orte umfassen und die sich ebenfalls glänzend geschlagen haben — nahm die Zahl der Wähler gegen 1907 um 13000, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen aber um 56000 zu! Insgesamt wurden in den 6 Berliner Kreisen 308000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 504000. Gut 60 Prozent aller Wahlberechtigten in Berlin haben also für die Sozialdemokratie gestimmt!

Neben den Mandaten für Teltow-Beeskow und Niederbarnim, die zu Groß-Berlin gehören, wurden die Mandate für fünf Berliner Kreise — den zweiten bis sechsten — im ersten Wahlgange erobert. Und im ersten Berliner Wahlkreise kam der sozialdemokratische Kandidat mit dem freisinnigen in aussichtsreiche Stichwahl. Für den Freisinnigen Kämpf, den bisherigen Vertreter des Kreises, wurden 4648, für den sozialdemokratischen Kandidaten Düwell 4409 Stimmen abgegeben. Außerdem erhielt der antisemitische Kandidat 480, der Zentrums-kandidat 168 und der Oberst a. D. Gädke, der für die Demokraten kandidierte, 1395 Stimmen. Diese werden bei der Stichwahl ausschlaggebend sein. Da Oberst Gädke noch am Abend des Wahltages in der demokratischen Versammlung an seine Wähler die Parole ausgab, in der Stichwahl geschlossen für den Sozialdemokraten und gegen den Freisinnsmann zu stimmen, ist es, wenn diese Parole ausgeführt wird, sehr wahrscheinlich, daß auch der erste Berliner Kreis den bürgerlichen Parteien verloren geht. Ganz Groß-Berlin rot! Das wäre dann das glänzende Ergebnis des Reichstagswahlkampfes 1912 für die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt!

So steht es um die Partei, die man im Jahre 1907 niedergewälzt zu haben glaubte! Sie bleibt der Stimmenzahl nach die weitaus stärkste deutsche Partei. Glänzend bewährte sie abermals ihre Werbekraft, die begründet ist in der Tatsache, daß sie mit aller Entschiedenheit die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten vertritt und daß sie dem Übel an die Wurzel geht, um Ausbeutung und Unterdrückung, Geldsacksmacht und Privilegienwirtschaft ein Ende zu machen.

Am klarsten tritt der glänzende Ausgang des ersten Treffens im Wahlkampfe 1912 durch einige Vergleiche mit den Reichstagswahlen vom Jahre 1907 hervor. Obwohl die Stimmenzahl der Sozialdemokratie von 3010000 im Jahre 1903 auf 3260000 im Jahre 1907, also um eine Viertelmillion gestiegen war, ging die Zahl der eroberten Mandate infolge der gänzlich ungerechten und schreiend ungleichen Wahlkreiseinteilung von 79 im Jahre 1903 auf 43 im Jahre 1907 zurück. Wenn die Wahlkreiseinteilung durchaus gerecht wäre oder wenn die Verhältniswahl in Deutschland Geltung hätte, würden den Sozialdemokraten nicht 43, sondern 116 Mandate zugefallen sein. Das ließen die Gegner der Arbeiterklasse und ihrer politischen Interessenvertretung außer Betracht. Sie übersahen auch den starken Stimmenzuwachs und vergegenwärtigten sich nur den betrüblichen Rückgang der Zahl der Mandate. Und dieser Rückgang gab ihnen Anlaß zu tollster Freude

und überschwänglichem Jubel. Die gehobene Stimmung hielt freilich nicht lange vor. Mit der Erkenntnis, daß der Mandatsverlust von 1907 noch lange nicht gleichbedeutend war mit einem Rückgange oder auch nur mit einer Schwächung der Arbeiterpartei, kam der Katzenjammer, der ins graue Elend ausartete, als die Sozialdemokratie bei den Reichstagsnachwahlen der verflorenen Periode zehn weitere Mandate eroberte, sodaß die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsitze bis zum Schluß des letzten Reichstags auf 53 stieg!

Und bei der diesjährigen Wahl holte sich die Sozialdemokratie schon im ersten Wahlgange 64 Mandate, also 11 mehr, als sie im vorigen Reichstage überhaupt inne hatte. Ihre Stimmenzahl stieg von 3260000 im Jahre 1907 auf 4239000 im Jahre 1912, also fast um eine Million! Daß sich angesichts dieses Ergebnisses das graue Elend der Arbeiterparteies ins Ungemessene steigern mußte, ist selbstverständlich; ihre Fieberdelirien kommen in der Scharfmacherpresse zum Ausdruck.

Im großen Ganzen haben alle bürgerlichen Parteien durch die sozialdemokratischen Siege eingebüßt. Die Konservativen, die im vorigen Reichstage 59 Mandate besaßen, haben im ersten Wahlgange 27 Mandate erhalten; 9 Mandate gingen ihnen ganz verloren, 2 haben sie neu gewonnen, in der Stichwahl stehen sie in 45 Kreisen. Auch die Reichspartei, die bisher 29 Sitze inne hatte und jetzt 5 Mandate erhielt, hat 9 endgültige Verluste zu verbuchen, denen nur 2 Gewinne gegenüberstehen; sie ist an 19 Stichwahlen beteiligt. Die Deutsche Reformpartei hatte 3 Mandate inne und steht jetzt in 3 Kreisen in Stichwahl. Die Wirtschaftliche Vereinigung verfügte bisher über 18 Sitze; davon konnte sie im ersten Wahlgange nur 2 behaupten, einen gewann sie neu hinzu, aber 7 hat sie endgültig verloren und in 12 Kreisen kommt sie in die Stichwahl. Auch das Zentrum, das 103 Sitze inne hatte und im ersten Wahlgange 81 Mandate erhielt, hat 7 Wahlkreise, die es bisher vertrat, endgültig verloren und nur einen neu gewonnen, in 29 Kreisen steht es in der Stichwahl. Die Polen, die über 20 Sitze verfügten, haben im ersten Wahlgang 15 behauptet; in 10 Kreisen sind sie an den Stichwahlen beteiligt. Die Nationalliberalen haben von ihren bisherigen 51 Mandaten bis jetzt nur 2 behaupten können und 2 haben sie neugewonnen; dafür haben sie aber auf der andern Seite 15 Mandate ihres bisherigen Besitztums verloren und in 67 Kreisen kommen sie in die Stichwahl. Die Fortschrittliche Volkspartei, die in 55 Kreisen an den Stichwahlen beteiligt ist, hat keins ihrer bisherigen 9 Mandate im ersten Wahlgange behaupten können, dafür aber 12 Sitze ganz verloren. Von den kleinen Fraktionen (Elsäber, Welfen, Dänen usw.), die insgesamt 16 Mandate besaßen, wurden im ersten Wahlgange 8 Sitze erreicht, darunter 3 neugewonnene, denen aber wieder 6 endgültige Verluste gegenüberstehen; sie sind an 18 Stichwahlen beteiligt. Im ganzen müssen rund 190 Stichwahlen vorgenommen werden.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß einzig und allein die Sozialdemokratie nicht nur ungeschwächt, sondern wesentlich gestärkt aus dem ersten Wahlgange hervorging, während alle bürgerlichen Parteien mehr Wahlkreise endgültig verloren als gewonnen haben. Die Sozialdemokratie hat im ersten Wahlgange 25 Kreise neu erobert und nur 2 von ihrem bisherigen Besitzstande eingebüßt.

Wir sagten schon, daß die Sozialdemokratie an 121 Stichtwahlen beteiligt ist. Bei diesen 121 Stichtwahlen steht sie in 18 Kreisen den Konservativen, in 12 der Reichspartei, in 30 den Freisinnigen, in 38 den Nationalliberalen, in 10 dem Zentrum, in 1 den Polen, in 7 der Wirtschaftlichen Vereinigung und in 5 den Wilden gegenüber. Eine ganze Anzahl dieser 121 Kreise wird bei intensiver Arbeit noch zu erobern sein.

In vielen anderen Stichtwahlkreisen sind die sozialdemokratischen Stimmen ausschlaggebend. Sie dürfen nach den Beschlüssen des Jenaer Parteitagcs 1911 nur solchen Kandidaten zufallen, die sich vor Zeugen oder unterschrittlich verpflichten:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungs- und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen. In jedem andern Falle ist strikte Stimmhaltung zu üben.

Nach dieser Stichtwahlparole wird unter allen Umständen verfahren werden müssen, wenn dem Siege vom 12. Januar am Stichtwahltag die zweite große Erfolg folgen soll. Die Forderungen sind so maßvoll, daß sie jeder wahrhaft liberale Mann ohne weiteres unterschreiben können sollte.

Im übrigen gilt der Kampf sowohl des Liberalismus als auch der Sozialdemokratie dem schwarz-blauen Block, der zwar im ersten Wahlgange nicht weniger als 32 Sitze endgültig verlor, denen nur 6 Gewinne gegenüberstehen, der aber in der Stichtwahl mit allen Mitteln versuchen wird, auch im neuen Reichstage die Majorität zu erlangen, die dem deutschen Volke in den letzten Jahren so verhängnisvoll geworden ist. Es gilt also, diesen Block der Ritter und der Herberge durch die Stichtwahl gänzlich in die Minorität zu drängen. Das ist möglich, wenn das liberale Bürgertum endlich einmal erwacht und wenn es die vom linksliberalen »Berliner Tageblatt« mit aller Entschiedenheit verfochtene Parole: »Die Front gegen rechts!« auf der ganzen Linie befolgt. Dann muß es gelingen, dem Schnapsblock das unheilvolle Handwerk zu legen und das deutsche Volk von diesem Alp zu befreien. Möge also das liberale Bürgertum seine Pflicht bei der Stichtwahl erfüllen; es hat dabei nur zu gewinnen, nichts zu verlieren. An der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wird es in diesem Kampfe gegen den Schnapsblock nicht fehlen.

Rundschau.

Über die Gewerkschaftskämpfe im Jahre 1911 veröffentlichte das »Korrespondenzblatt« in seinem schon in der vorigen Nr. der »Gr. Pr.« erwähnten und zitierten Rückblick auch folgende zutreffende Charakteristik: »Bedenklicher dagegen sind gewisse Erscheinungen, die in den letzten Jahren beim Abschluß von Lohnbewegungen und Kämpfen zutage traten und die sich geradezu häufen. Mehrfach sind in Versammlungen, die über die ernstesten Situationen zu entscheiden hatten, die Leiter und Angestellten der Organisation aus der

Mitte der Versammelten in gröblichster Weise beschimpft, des Verrats und der Bestechung bezichtigt und sogar niedergeschrien worden. Dabei handelt es sich um das Vorgehen turbulenter Elemente gegenüber Kollegen, die in ihrer Berufsorganisation eine Lebensarbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet haben, die das Vertrauen der Kollegenchaft zu ihrem Posten brief und die auch heute noch unzweifelhaft das volle Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegenchaft genießen. Ein unsäglich bitteres Gefühl muß sich dieser Arbeitervertreter bemächtigen, die gerade in der verantwortungsvollsten Stunde ihres Lebens, wo von ihrem ehrlichen Rat die Lebensinteressen von Tausenden und das Interesse des ganzen Verbandes abhängt, schizollos solchen Verunglimpfungen preisgegeben sind. Es läßt sich verstehen, daß angesichts solcher Erscheinungen das Problem der »Massen und Führer« in ernster Erwägung gezogen und die Entscheidung über den Abschluß von Kämpfen mehr und mehr dem Votum zufällig zusammengesetzter Versammlungen entzogen wird. Daß die verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen nicht die Hand dazu bieten können, die Organisation einzelnen unverantwortlichen Versammlungsschreibern auszuliefern, liegt klar auf der Hand, denn sie haben der Generalversammlung Rechenschaft über ihre Wahrung der Verbandsinteressen abzulegen und würden dort schlecht bestehen, wenn sie in gefährlichen Situationen das Schiff steuerlos mit dem Strome treiben lassen. Je mehr sich also bei dem Abschlusse von Lohnkämpfen der Unfug der Verunglimpfung und Anpöbelung gegenüber Verbandsvertretern in Versammlungen breitmacht, desto entschiedener ist darauf zu dringen, die Gewerkschaftssatzungen dahin zu regeln, daß nur Vertreterversammlungen über solche Situationen zu entscheiden haben. Im übrigen kann nicht dringend genug geraten werden, ein wachsamcs Auge auf die anarhistischen Elemente zu haben, die der Massenstrom von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl den Gewerkschaften zuführt und die mehr desorganisierend, zersetzend wirken. Schädigen sie das Gesamtinteresse der Organisation durch Hetze gegen die verantwortlichen Verbandsleiter und durch Beschimpfung derselben in Versammlungen, dann gehe man rücksichtslos gegen diese Leute vor, ehe es zu spät ist. Hand in Hand mit dieser Reinigungsarbeit muß eine nachhaltige Erziehungsarbeit einsetzen, die instande ist, die Tausende neugewonnener Mitglieder zu guten, wohlgeordneten Gewerkschaftskämpfern zu machen. Ohne Organisationsdisziplin können Gewerkschaftskämpfe nicht erfolgreich geführt werden, das gilt bei der gegenwärtigen Riesenausdehnung der Kämpfe und gegenüber den machtvollen Arbeitgeberverbänden mehr als je zuvor. In solchen Kämpfen ist kein Platz für Nörgler und Quertreiber, die ihr Handwerk besser außerhalb als in der Gewerkschaft betreiben.«

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910. Der achte Bericht des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen, und zwar für das Jahr 1910, wurde vor kurzem veröffentlicht. Er ist leider infolge der Nachlässigkeit und Oberflächlichkeit in der Berichterstattung mancher und leider zum Teil sogar großer ausländischer Gewerkschaften wiederum sehr mangelhaft. Diesem Umstande widmet der internationale Sekretär von vornherein folgende Betrachtung: »Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmateriale keine wesentliche Bedeutung beilegen. Die Erfahrung in den Ländern, in welchen der Statistik große Bedeutung beigemessen wird, hat aber gelehrt, daß diese statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist, und ihnen gezeigt, wo einzusetzen ist. Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in welchen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt wird, die größere innere Stetigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, welche bei der Arbeiterschaft die erforderliche Erkenntnisreife herbeigeführt haben.« Aus dem eigentlichen Bericht ist hervorzuheben, daß die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen im Jahre 1910 sich auf 19 mit 6212406 Mitgliedern erhöhte, gegenüber nur 12 Landeszentralen mit 2333261 Mitgliedern im Jahre 1904. Der Mitgliederzahl nach rangieren die Landeszentralen wie folgt: Deutschland 2017298, Vereinigte Staaten 1710433, England 710499, Österreich 400565, Frankreich 400000, Italien 359383, Belgien 102511, Dänemark 101563, Ungarn 86478, Schweden 85176, Schweiz 63863, Norwegen 46397, Niederlande 44120, Spanien 40984, Finnland 15514, Rumänien 8515, Serbien 7418, Bosnien 6086, Kroatien 5108. Die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften erstrecken sich nur auf 14 Länder mit 5315402 Mitgliedern; es fehlen Angaben für fünf Länder mit rund 4500000 Mitgliedern. Es wurden in England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Bosnien, Kroatien, Ungarn, Serbien, der Schweiz und Italien insgesamt 148635057 Mk. vereinnahmt und 140010680 Mk. verausgabt. Der Vermögensbestand dieser Länder betrug am Schlusse des Jahres 1910 zusammen 187991935 Mk. Für Unterstützungen wurden 69694503 Mk. verausgabt, für Streiks und Aussperrungen 27862400 Mk. Unter den Unterstützungen steht die bei Arbeitslosigkeit

mit 29416312 Mk. an erster Stelle; dann folgt die Krankenunterstützung mit 21229155 Mk., die Invalidenunterstützung mit 8671314 Mk., die Reiseunterstützung mit 4186499 Mk., Stierbegeld mit 3734427 Mk. und sonstige Unterstützung mit 2456796 Mk.

Geschäftsergebnisse. Die Firma *Hermann Schött Akt.-Ges. in Rheydt* gedenkt nach Abschreibungen von 378000 Mk. (i. V. 331000 Mk.) eine Dividende von 8 Proz. (i. V. 7 Proz.) auszuschütten und 39000 Mk. (i. V. 29000 Mk.) auf neue Rechnung vorzutragen. Gleich der Firma *Wunderlich in Altwasser*, die wie wir schon in Nr. 64, 1911 mitteilten, ihre Dividende von 13 auf 14 Proz. erhöhte, steigerte also auch die zweite Aktiengesellschaft des Steindruckgewerbes, deren Bericht bis jetzt vorliegt, den Dividendensatz um 1 Prozent. Das nennt man einen Rebbach. Trotzdem soll aber jede der beiden Firmen durch die bescheidenen Gehilfenforderungen zu Grunde gerichtet werden! Wer's glaubt, zahlt einen Taler!

Aus den Handelskammerberichten 1911. Lübeck. Für die Steindruckereien, speziell für die Etikettenfabrikation, war das Geschäft in den ersten fünf Monaten recht flott, flaute jedoch im Sommer etwas ab. Im Herbst hob es sich wieder, so daß die Druckereien gut beschäftigt waren. Mitte Oktober fand infolge von Differenzen in Leipzig eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter statt, die noch nicht beendet ist. Die Forderungen der Arbeiter sind unannehmbar (siehe *Geschäftsergebnisse*! D. R. d. Gr. Pr.) und der Kampf daher hartnäckig. Dieser Umstand wirkte natürlich recht störend und hemmend auf den Gang des Geschäftes ein, so daß manche Aufträge zurückgezogen und teilweise sogar nach auswärts, besonders nach England vergeben werden mußten. Das Exportgeschäft ist ebenso ungünstig geblieben wie im Vorjahre. Auf eine Besserung darin ist wohl kaum zu rechnen.

Eine Warnung vor dem Steindrucker *Josef Küspert* erläßt der Vorstand der Mitgliedschaft Aschaffenburg. Der Genannte gibt an, aus Paris zu kommen und von der großen Bewegung in Deutschland nichts zu wissen. Auf diese Weise versucht er von den Streikleitungen Fahrgeld und Zehrgeld zu erhalten, um nach München reisen zu können. Da ihm die Streikleitung in Aschaffenburg nur eine Unterstützung bis Würzburg gewähren wollte, hat er in der hiesigen Firma, von der er wußte, daß sie mit ausgesperrt hat, um Arbeit nachgefragt. Dem Verbandsmitglied der Genannte nicht an.

In ihre Lehrverträge hat die Firma Grünbaum in Kassel folgende Bestimmung aufgenommen: »Der Lehrling verpflichtet sich, während der Lehrzeit weder der Krankenkasse des Senefelderbundes noch sonst einem anderen Gehilfenverbande, der Streiks organisiert, beizutreten, andernfalls die Firma H. Grünbaum berechtigt ist, den Lehrling sofort, ohne Einhaltung irgend welcher Kündigungsfrist und unter Anwendung des § 10 (Konventionalstrafe) zu entlassen.« Wir fordern unsere Lehrlinge weder zum Beitritt in die Krankenkasse des Senefelderbundes noch zur Erwerbung der Mitgliedschaft in einem Streiks organisierenden Gehilfenverbande, sondern nur zum Anschluß an die Lehrlingsabteilung des Verbandes auf, die mit gewerkschaftlichen Aufgaben nichts zu tun hat. Sie dient der Ausbildung und Erziehung der Lehrlinge und ihrer Unterstützung in bestimmten Nötfällen. Ein Verbot des Eintritts in diese Lehrlingsabteilung widerspricht den guten Sitten. Übrigens werden die Unternehmer angesichts der mifflischen Lage der Gehilfenchaft und der geringen Aussichten, im Gewerbe nach der Auskehr ein der vierjährigen Lehrzeit entsprechendes Fortkommen zu finden, froh sein müssen, wenn sich überhaupt ein Vater oder Vormund bereit erklärt, einen jungen Mann in einer lithographischen Anstalt oder Steindruckerei als Lehrling unterzubringen.

Im Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverbände ist es wegen des neuen Tarifs für das Buchdruckerei-Hilfspersonal zu einem schweren Konflikt gekommen. Die Berliner Buchdruckerei-Hilfsarbeiterchaft hat sich in stark besuchten Versammlungen gegen den Abschluß eines neuen Tarifvertrages erklärt, weil darin speziell die Berliner Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt seien. Demgegenüber erklärte jedoch die Verbandsleitung, daß eine derartige Ablehnung keine rechtliche Unterlage habe. Der neue Tarif bringe dem Berliner Hilfspersonal verhältnismäßig gleiche Pflichten und Rechte wie der übrigen Hilfsarbeiterchaft Deutschlands. Aus diesen Gründen bestehe der am 3. Januar vor dem Tarifamte der Deutschen Buchdrucker abgeschlossene Löhntarif für das Berliner Buchdruckereihilfspersonal bis zum 31. Dezember 1916 zu Recht. — Zur Beilegung des bedauerlichen Konflikts beruft der Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes zum 22. Februar 1912 und folgende Tage einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin ein, der sich ausschließlich mit der Tarifbewegung und dem Tarifabschluß in Berlin beschäftigen soll. Außerdem stellt sich der Verbandsvorstand, dessen Amtsperiode erst im Jahre 1914 abläuft, schon jetzt zur Neuwahl, um die höchste Instanz, die Generalversammlung, darüber urteilen zu lassen, ob er bei der Tarifbewegung seine Pflicht getan hat.

Die Tabakarbeiter - Aussperrung, die die deutschen Tabakarbeiter ein Vierteljahr lang in Spannung hielt und an der 13500 Arbeiter beteiligt

waren, ist beendet, und zwar mit einem schönen Erfolge der Ausgesperrten. Der Kampf entbrannte, weil die Unternehmer behaupteten, Lohnzulagen nicht gewähren zu können, und die bestreikten Firmen haben sie doch machen müssen; und zwar wesentlich höher, als sie sie bei den verschiedenen Verhandlungen vorschlugen. Und mehr als das: nach Ziffer 3 der Friedensbedingungen sind die Fabrikanten verpflichtet, zum Frühjahr in allen Betrieben in eine Revidierung der Löhne einzutreten; und wenn auch zunächst das Resultat davon nicht feststeht, so hat man doch schon jetzt Lohnerhöhungen grundsätzlich zugegeben. Was ist nun das Fazit? Die Fabrikanten konnten ihre Position nicht halten und haben schließlich eingesehen, daß sie daneben gehauen haben; so mußten sie sich denn in dieser Situation zu Zugeständnissen herbeilassen, die man erst weit von sich wies und die man durch die Aussperrung von sich abzuwenden suchte. Die Arbeit wurde am 15. Januar wieder aufgenommen. Das Beispiel der Tabakarbeiter wird den Kämpfenden im Steindruckgewerbe ein Ansporn sein, für ihre gute Sache einig und geschlossen einzustehen bis zu einem vollen Erfolge.

Eine Arbeiterrechtsbeilage wird von diesem Jahre ab dem »Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« beigegeben werden. Damit hat die Generalkommission einem Wunsche der zweiten Konferenz der Arbeitersekretäre 1911 zu Dresden entsprochen. Die »Arbeiterrechtsbeilage« soll monatlich einmal im Umfange von acht Seiten, später nach Bedarf in größerem Umfange, erscheinen. In dem neuen Blatt sollen die Gebiete der Arbeiter-, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, des Prozeßrechts, des Strafrechts und des Zivil- und Strafrechtswesens sowohl durch Genossen, die in der Praxis des Arbeiterrechts tätig sind, als auch durch Sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die »Arbeiterrechtsbeilage« soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrechts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im »Korr.-Bl.« selbst erörtert werden. Die »Arbeiterrechtsbeilage« Nr. 1 bringt außer einem Einführungsartikel eine Arbeit von Rechtsanwalt Dr. H. Sinzheimer-Frankfurt a. M. über »Tarifvertragspflichten«, eine Information über die neuen Vorschriften der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, eine übersichtliche Darstellung der Rechtsprechung bei entschädigungspflichtigen Handverletzungen, sowie eine Reihe interessanter Entscheidungen aus der Praxis der Unfall- und Krankenversicherung, der Gewerbegerichte, des Vereinsrechts und des Haftpflichtgesetzes.

Zu einer Aussperrung wegen der Reichstagswahl ist es in Heegermühle bei Eberswalde bei der Firma Franz Seiffert & Co. gekommen. Die Arbeiter hatten vor der Wahl mit der Betriebsleitung verhandelt, um genügend freie Zeit zur Ausübung ihres Wahlrechtes zu bekommen. Sie haben in der Mehrzahl sehr weite Wege und fürchteten, ihr Wahlrecht zu verlieren, wenn sie erst in letzter Stunde im Wahllokale erscheinen können. Die Furcht war gewiß nicht unbegründet, da der Wahlakt ja um 7 Uhr geschlossen wird. Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, beschlossen die Arbeiter, am Nachmittag des Wahltages die Arbeit ruhen zu lassen. Diese Frevelthat hat den Zorn des Unternehmers so sehr erregt, daß er einfach Sonnabend früh niemand mehr in den Betrieb hineinließ! Er will die Arbeiterschaft niederzwingen, die aber nicht daran denkt, sich in jeder Beziehung zu Heloten herabwürdigen zu lassen. Herr Seiffert behauptet natürlich, daß die Arbeiter eine Machtprobe machen wollten. Er läßt nur außer acht, daß sein eigenes Vorgehen einer recht brutalen Machtprobe außerordentlich ähnlich sieht.

Ein braver Streikbrecheragent stand am 4. Januar in der Person des 37-jährigen, mehrfach verurteilten Schlossers Wilh. Böhmer vor der Strafkammer in Halle. Gelegentlich des Streiks in einer Maschinenfabrik war B. in ein Gasthaus gegangen und hatte für die Firma 10 bis 15 Arbeitswillige gewonnen. B. veranstaltete dann ein kleines Festmahl, ließ den »Ober« Speisen, Getränke, Zigarren auftragen und sagte, die Firma bezahle alles. Als der Ober am andern Morgen die Rechnung präsentierte, verweigerten die Firmeninhaber die Zahlung, da sie zu der Schmauserei keinen Auftrag erteilt hatten. Böhmer, der sich dann aus dem Staube gemacht hatte, wurde wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Vorteile der Gewerkschaften für die Industrie. Die liberale »Neue Züricher Zeitung« erblickt in den vertraglichen Abmachungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern produktiven Wert. Denn sie verbürgten, daß die industriellen Betriebe nicht fortwährend und unvermittelt durch Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen gestört werden; durch die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf längere Frist ermöglichen sie eine sichere Kalkulation und eine prompte Ausführung der Bestellungen. Auch lassen sich manche Organisationsmaßnahmen der Industrie nur mit Hilfe der organisierten Arbeiter durchführen. Mit Stolz wies auf dem ersten Internationalen Kongresse der Baumwollindustriellen in Zürich im Jahre 1904 der Führer der englischen Baumwollspinnereibesitzer C. W. Macara auf die wertvolle Mithilfe hin, die ihnen die Gewerkschaften

der Arbeiter in schwierigen Lagen leisten konnten. In manchen Fällen mag die Beteiligung der Arbeiter an den Organisationsmaßnahmen der Industrie von größerer moralischer als unmittelbar materieller Bedeutung sein. Diese Auffassung von Werte der Gewerkschaften und den von ihnen erstrittenen Tarifverträgen erscheint sogar der »Deutschen Arbeiterzeitung« so stidhaltig, daß sie sie ohne bemerkenswerte Kommentierung abdruckt.

Für die Arbeitszeitverkürzung sprach sich der schweizerische Pfarrer Dr. Furrer wie folgt aus: »Wenn die arbeitende Bevölkerung um Verkürzung der Arbeitszeit sich abmüht, tut sie das nur, weil sie weniger arbeiten will? Oder liegt nicht der bedeutendere Gedanke zu Grunde: Die Maschinen werden immer leistungsfähiger, der menschlichen Arbeitskräfte werden immer mehr. Wenn aber auf diese Weise allzuviel produziert wird, siehe, dann müssen eine Menge Menschenhände feiern und es kommt immer wieder für Tausende und Aber-tausende, die gerne arbeiten möchten, zu traurigen Notzuständen. Soll das so bleiben?«

Was ist ein Redakteur? Diese Frage wurde seinerzeit vom »Zeitungsverlag« in folgender launiger Weise beantwortet: Ein Redakteur ist alles, ein Universalwesen, so alles wissen soll und muß. Ein Redakteur kann nur darum über alles schreiben, weil er nicht bloß alles, sondern auch noch mehr wissen muß, und in allen Zweigen Fachmann — ist. Er ist — auch ohne die feierliche Ernennung durch den akademischen Senat — »Doktor«. Er ist »Richter«, der urteilen muß, und zugleich auch »Anwalt« der öffentlichen Meinung. Er ist »Lehrer« und »Bildner des Volkes«. Wie ein »Schneider« handhabt er die Schere, wie ein »Tischler« und »Büchbinder« muß er mit dem Leim- und Kleisterlopf umgehen. Als »Jäger« auf Neuigkeiten und Druckfehler ist er berüchtigt, oft auch weiß er, wie ein Fischer im trüben zu angehen hat. Er ist ein guter »Maler«, der auch das Unbedeutendste prächtig ausschmücken kann; er ist ein »Färber«, der allem seine Farbe anhängt. Wie ein Bauer und Prediger streut er guten Samen aus und sorgt als »Kritiker« dafür, daß das Unkraut nicht überwuchert. Dem »Schmied« und auch »Schlosser« gleicht er insofern, als er auf das schlechte loshämmert und so lange bohrt, bis Besserung eintritt. Jeder »Drechsler« kann bei ihm in die Lehre gehen, wenn es gilt, Verse zu machen. Wie ein guter »Wirt« schenkt er den Leuten klaren Wein ein und verzapft nur »Geistiges«. Sie sind die »Pioniere« des Fortschritts und zuletzt auch noch »Kanonenfutter« der Parteiwut. Wie »Ofenheizer« machen sie dem Publikum den Kopf warm, doch sind die sogenannten »Schriftsteller« auch »Künstler«. Sie sind die »Dichter« des Volkes, und wie »Bildhauer« verstehen sie es, die Dummkheit auszuhauen. Als »Barbier« muß der Zeitungsmensch verstehen, andre über den Löffel zu barbieren; er braucht kein gutes Haar am Gegner zu lassen, muß von Zeit zu Zeit dem Übermühten Schräp köpfe ansetzen und dem Publikum den Kopf gehörig waschen. Als »Instrumentalmusiker« stechen sie ins Horn, als »Trommler« schlagen sie stets die Pauke. Nur das Geschäft der »Flöter« verrichten sie nicht gerne. Wie die »Straßenreiner« müssen die Redakteure den Keckheit aus der Welt schaffen, wie »Wasser-träger« aus dem Meere des Lebens schöpfen. Die Redakteure sind »privilegierte Entenzüchter« und »politische Steuerleute«, damit das Schiff nicht strandet.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 15. Januar 1912.

Die Deutschen Konsumvereine im Jahre 1911: der Zentralverband deutscher Konsumvereine; die Unterstützungskasse des Zentralverbandes; die Groß-inkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine; die Verlagsanstalt des Zentralverbandes; Rück- und Ausblicke.

Das Jahr 1911 brachte durch die Dürre und die dadurch hervorgerufene Teuerung sowie die Erschwerung des Frachtverkehrs auf den Flüssen für die Lebenshaltung der breiten Massen eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung. Um so mehr wurde freilich in den minderbemittelten Kreisen die Bedeutung der Organisierung des Konsums erkannt, so daß die deutschen Konsumvereine auf die 1911 erzielten Erfolge mit Zufriedenheit zurückblicken können.

Nach den Angaben der »Konsumgenossenschaftlichen Rundschau« ist zwar nur eine Zunahme von 19 Ver. in den Zentralverbände deutscher Konsumvereine zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170 Mitglieder. Aber gerade diese geringe Zunahme ist ein deutliches Zeichen von einer innerlichen Erstarung der Bewegung. Es sind nicht nur in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu großen, zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen worden, sondern es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß, wo sich das Bedürfnis geltend machte, einen Konsumverein zu gründen, diese Gründung nur vorgenommen wurde, wenn es unmöglich war, eine Warenverteilungsstelle von einem in der Nähe gelegenen Verein einzurichten. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgenommen; man kann aber damit rechnen, daß die deutschen Konsumvereine, soweit sie dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, 1911 ihre Mitgliederzahl auf 1 1/2 Million gesteigert haben. Es ist also eine zahlenmäßige Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen.

Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 6000 Personen als Mitglieder angemeldet haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 Mk. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 Mk. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Karenzzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es wurden 3864 Mk. für Invaliden- und Altersrenten und 1181 Mk. Witwen- und Waisenrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehörten.

Die Großinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine rechnet auf einen Gesamtumsatz von 105 bis 107 Millionen Mark im Jahre 1911. Sie wird also zweifelsohne den Umsatz von 100 Millionen Mk. erreichen. Diese Vermehrung des Umsatzes hat allerlei sonstige Änderungen zur Folge. So werden in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gröba werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgelände gebaut. Wie stark sich die Tätigkeit der Großinkaufsgesellschaft ausdehnt, sieht man am besten daran, daß die von ihr vor einem Jahr in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind.

Auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die gegenwärtig im Geschäftshause der Großinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, reicht mit den Räumen, die sie jetzt inne hat, nur noch kurze Zeit, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus wird bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetriebe mit mehr als 2 Millionen Mark Umsatz geworden. Dieses Wachstum hat Veranlassung gegeben, daß im neuen Jahre die Frage, ob die juristische Form der Verlagsanstalt, die heute eine offene Handelsgesellschaft ist, nicht zu ändern ist, von allen beteiligten Faktoren einmal eingehend erörtert werden wird. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die konsumgenossenschaftliche Presse teilgenommen. Die »Konsumgenossenschaftliche Rundschau« zählt jetzt etwa 10 000 Bezirker, während das »Volksblatt« in einer Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August erscheint für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonderausgabe des »Volksblatts«, und am 1. Januar folgt der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit einer weiteren Sonderausgabe.

Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurückblicken, so müssen sie sich jedoch völlig darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu bekämpfen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammenzuschließen. Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird. Die moderne Arbeiterbewegung wird jedenfalls tatkräftig daran mithelfen, die Konsumvereine mehr und mehr zu mächtvollen wirtschaftlichen Organisationen der unbemittelten Massen des Volkes zu entwickeln. Um so mehr, als die Konsumvereine von allen Seiten bekämpft werden und die bürgerlichen Parteien bis auf unbedeutende Reste sich im Wahlkampfe feindlich gegen die Arbeitergenossenschaften stellen. Letztere finden nur einen zuverlässigen Stützpunkt in der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Und alle Konsumvereinsmitglieder, denen die Genossenschaftssache wirklich am Herzen liegt und die der Wahlparole des Zentralverbandes, nur konsumvereinsfreundliche Kandidaten zu wählen, voll und ganz nachkommen wollen, können daher nur für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Die Stichwahlen, die noch bevorstehen, bieten Gelegenheit, in diesem Sinne fördernd für die Genossenschaftssache zu wirken. Tut auf diese Weise jeder Arbeiter stets seine Pflicht, dann wird die Genossenschaftsbewegung auch im neuen Jahre rüstige Fortschritte machen, allen Gegnern und Feinden zum Trotz!

Nach der »Konsumgen. Korr.«

Die Schutzzollpolitik und die Arbeiter.

III.

Durch die Konzentration des Kapitals ist auch sein Einfluß auf die Staatsgewalt gestiegen, ja der Staat ist geradezu den Unternehmern wünschenswerten. Am deutlichsten kommt dies in dem Stillstand der Sozialpolitik zum Vorschein. Und heute, wo jährlich rund 10 000 Tote und 140 000 Schwerverletzte auf dem Schlachtfelde der Arbeit bleiben, ist es zur dringenden Notwendigkeit geworden, Leben und Gesundheit der Arbeiterklasse vor den unverantwortlichen Übergriffen des Kapitals durch gesetzliche Maßnahmen zu schützen. Aber nichts geschieht. Wie ein eiserner Ring hat sich das Unternehmertum zusammengeschlossen. Die Gesandtschaft des Bergarbeiterschutzes bietet ja einen Beweis dafür, daß selbst die Regierung nicht wagt, gegen die Industriearbeiter aufzutreten. Welche

furchtbaren Katastrophen haben schon die Welt in Aufregung gesetzt; es sei nur der Name Radbod erwähnt, wo dreihundertfünfzig Bergarbeiter ihr Leben lassen mußten, weil die Sicherheitsvorrichtungen völlig ungenügend waren. Die Arbeitervertreter haben alles aufgeboten, um eine Besserung herbeizuführen, aber es konnte nichts erreicht werden.

Die Vertreter der Schwerindustrie sind die gewandten Feinde der aufwärts strebenden Arbeiterklasse. Jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Lohnerhöhung versuchen sie mit ihrem brutalen Herrenstandpunkt unmöglich zu machen. Die Arbeiter brauchen heute, wo der Arbeitsprozeß ein so intensiver ist und alle geistigen und körperlichen Kräfte erfordert, den Achtstundentag wie das tägliche Brot. Die Einführung des Normalarbeitstages bedeutete nicht nur eine neue Ära des Arbeiterdaseins, sondern würde auch befruchtend auf unser ganzes Wirtschaftsleben wirken. Denn gesündere Arbeiter, die auch Zeit für ihre Kulturbedürfnisse haben, stellen eine viel bessere Masse von Konsumenten dar als diejenigen, denen man das letzte Quentchen Kraft ausgepreßt hat und dafür einen Lohn zahlt, der nur von der Hand bis in den Mund reicht. Das würde den Inlandmarkt stärken und es zwecklos machen, die einheimische Bevölkerung zu brandschatzen, damit man billiger an das Ausland verkaufen kann.

Wie in den Kreisen der Schwerindustrie das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht illusorisch gemacht wird, geht aus folgendem hervor: In Rheinland-Westfalen sind über 1 1/2 Million fremder Arbeiter, Polen, Galizier, Italiener beschäftigt. Sie sollen keine andere Aufgabe erfüllen als die, jegliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch gewerkschaftlichen Kampf unmöglich zu machen. Das Mittel hierzu bietet der berüchtigte Sprachenparagraph des liberalen Reichsvereinsgesetzes, der als Versammlungssprache nur die deutsche zuläßt. Dies schließt natürlich jede Aufklärung der fremdsprachigen Arbeiter in deren Muttersprache aus und so kommt es, daß die fremden Arbeiter als Kulturdrücker gegen ihre deutschen Arbeitsbrüder unbewußt wirken sollen. Im Jahre 1900 schrieb die Industriezeitung, daß man in den Zedekreisen ernstlich den Plan erwäge, die Konkurrenz der Arbeitgeber einzuschränken, damit die Löhne nicht so hoch steigen. Raslos rufen diese Leute nach neuen Zudthausvorlagen, nach Ausnahmegesetzen gegen Streikende usw.

Im übrigen steht fest, daß gerade die größten Schreier nach Ausnahmegesetzen die glänzendsten Gewinne haben. Der winzige Teil, den die Unternehmer für das Anwachsen der sozialen Lasten zu tragen hätten, wäre spielend leicht aufzubringen, denn Deutschland konkurriert doch in erster Linie mit England und Amerika; hier sind aber die Löhne höher als bei uns. Nebenbei bemerkt, verhindern ja unsere Schutzzollpolitik ein gleiches Steigen der Löhne in Deutschland. Und wenn es noch eines Beweises bedarf, dann genügt ein Blick auf die Geschäftsergebnisse. Die Krupp'schen Werke, die ungefähr 65000 Arbeiter und Beamte beschäftigen, hatten 1910 einen Überschuß von 36 Millionen Mark. Davon sind aber schon 19 Millionen für Abschreibungen abgezogen, so daß ein Reingewinn von 55 Millionen Mark zu verzeichnen war. Nach Abrechnung aller Unkosten konnte man 18 Mill. Mark als Dividende ausschütten, die fast ausschließlich der Familie Krupp in die Tasche flossen. Das nächstgrößte Werk, die Phoenixgesellschaft, konnte bei 100 Millionen Mark Aktienkapital ihren Aktionären für die saure Arbeit des Kouponschneidens 15 Millionen Mark an Dividenden zahlen. Bei diesen horrenden Summen ist also nichts leichter möglich als die Lebenshaltung der Arbeiter durch Sozialreform sicherer zu stellen.

Wie ist die Lage der Arbeiter heute? Heute leiden die Massen unter einer noch nie dagewesenen Teuerung. Und wir haben nicht einmal eine Krise, sondern Zeiten der Prosperität, des besten Geschäftsganges. Das ist eine ganz neue Erscheinung des Kapitalismus, daß in der besten Konjunktur der Schrei nach Brot erschallt, was in letzter Konsequenz in der Wucherpolitik des Großkapitals begründet ist.

Die Zollpolitik hat aber noch eine, für die Arbeiter ganz besonders bedeutsame Folgeerscheinung gezeitigt. Das Ideal des Bourgeois vom Linksliberalen bis zum Konservativen ist jetzt eine starke Staatsgewalt nach außen sowohl als auch nach innen. Der Manchesterstandpunkt, der einen schwachen Staat ersehnte und den Lassalle als die »Nachwächteridee« vom Staate verpönte, ist jetzt längst überwunden. Als in Moabit der Polizeisäbel gegen Arbeiter wüdete, hat kein bürgerliches Blatt eine Stimme dagegen erhoben, denn es waren ja Arbeiter, die sogenannten »inneren Feinde«. Und ein anderes Beispiel: als 1911 die Regierung 140 Millionen Mark für eine neue Militärvorlage forderte, fand sich kein einziger bürgerlicher Vertreter, der dagegen stimmte. Das hat natürlich seine Ursachen. Der kapitalistische Staat, der dem Kapital den Inlandmarkt mittels der Zölle gesichert hat, soll nun auch auswärtige Märkte erschließen. Denn die immensen Gewinne können natürlich nicht aufgezehrt werden, und wenn man eine noch so ungeheure Verschwendung treiben würde. Sie suchen nach neuen Anlagemöglichkeiten. Da ist es notwendig, starke stehende Heere und

große Flotten zu haben. Die Kulturländer sind aber durch Zölle von einander abgeschlossen, darum fährt man über die Weltmeere und will den halbzivilisierten Völkern die »Segnungen« der kapitalistischen Kultur bringen.

Heute durchwühlt das deutsche Kapital ganz Afrika, Südamerika und China. Dieses Bestreben hat natürlich zur Folge, daß es auf andre Staaten stößt, deren Kapitalisten auch nach Anlagemöglichkeiten suchen. Auf diese Weise entstehen Gegensätze, die den Weltfrieden ernstlich gefährden. Die Volksmassen sind an diesen Reibereien nicht im mindesten interessiert. Denn was hätten sie davon, wenn beispielsweise die Firma Krupp aus Marokko billiges Eisen beziehen würde? Irgend welcher Einfluß auf die Preisgestaltung wäre ja dank des Zolles gar nicht möglich. Aber das ist das Bestreben der Kapitalisten, große Kolonialreiche zu schaffen, wo man möglichst alle Rohstoffe erzeugen kann, und gleichzeitig will man sich einen Weltmarkt schaffen, um einen noch breiteren Geldstrom aus den arbeitenden Massen zu erpressen. Durch das Zollsystem will man das Industrieland mit dem Kolonialreich zusammenfassen, zu einem kapitalistischen Imperium, zu einem Weltreich.

Die Zollpolitik hat also ihren Weg genommen über die Unternehmensverbände und Kartelle zum modernen Imperialismus. Dieser Weg hat aber die Kulturstaaten in riesige Waffenlager verwandelt, hat ein Wettrüsten zur Folge gehabt, dessen furchtbare Konsequenzen gar nicht ausgedacht werden können. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1911 für Heer und Marine über 1 1/2 Milliarden Mark ausgegeben, und diese hohe Summe ist einzig und allein durch die Zölle und indirekten Steuern aufgebracht worden, indem man die notwendigsten Lebensmittel dem Volke verteuerte. Während die Bevölkerung vom Jahre 1872 bis 1910 um ungefähr 55 Prozent gewachsen ist, stiegen die Mehrausgaben für Heer und Marine um 420 Prozent.

Es gab einmal eine Zeit, wo man sich in bürgerlichen Kreisen für die Idee des ewigen Friedens begeisterte. Der große Philosoph Kant hat ja darüber eine Schrift verfaßt. Das Bürgertum von heute will nicht einmal von dem Gedanken der Abrüstung mehr etwas wissen; der Krieg, die Verherrlichung der Gewalt füllt heute sein Denken und Sinnen aus. Wohl rühmt man sich zuweilen, daß wir eine vierzigjährige Friedenszeit haben, aber dieser bewaffnete Frieden hat dem Volke über 33 Milliarden Mark gekostet.

Die Arbeiter sind heute die einzige Klasse, die kraft ihrer Stellung im Wirtschaftsleben und ihrer ungeheuren Zahl ein Gegengewicht bildet. Der Kapitalismus hat sich durch die Schutzzollpolitik in eine Sackgasse verrannt und es ist nicht möglich, die Zölle zu beseitigen, ohne auch zugleich die ganzen Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung zu erschüttern. Die Produktivkräfte stehen heute in einem Widerspruch zu den Eigentumsverhältnissen. Die Volksmassen leiden heute unter der Teuerung und als zweite Erscheinung haben wir die ständige Gefahr, die durch das Wettrüsten mit jedem Tage verschärft wird. Das sind Anzeichen dafür, daß der Kapitalismus nicht mehr entwicklungsfähig ist, daß er überwunden werden muß durch die Ordnung, die er schon vorbereitet hat, den Sozialismus. Aufgabe der Arbeiter ist es deshalb, in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation die Kräfte zusammenzufassen zum klaren, zielbewußten Handeln. Denn der Kapitalismus bedeutet Teuerung, Hunger und Kriegsgefahr. Sozialismus aber ist Wohlfahrt, Kultur und Weltfrieden.

Die Kriegervereine als gelbe Organisationen.

Von ihrer unverrückbaren und sicheren Position aus konnten sich die freien Gewerkschaften den Luxus erlauben, im stolzen Bewußtsein ihres Wertes die Kunde entgegenzunehmen, daß auch der deutsche Kriegerbund auf seine Art den Mitgliedern in den wirtschaftlichen Nöten eine Stütze schaffen will. Auf seine Art: denn die »Krieger-Versicherungs- und Fürsorgekasse«, die gegründet werden soll, soll ja beileibe nicht etwa Gewerkschaftszwecke erfüllen, sie soll im Gegenteil diesen Zwecken entgegen arbeiten, sie will im Sinne der gelben Bewegung wirken. »Grundsatz« bei der gedachten Krieger-Versicherung ist von vorneherein, daß eine Gewährung von Unterstützungen bei Beteiligung an Arbeitseinstellungen ausgeschlossen sein soll. Dagegen sollen an ausgesperrte Krieger »nach beendetem Streik« Beihilfen gewährt werden, jedoch erst »nach völliger Klärung der Sachlage«, auch soll die Kasse die Mitglieder schützen, die vorgebillt wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Kriegervereinen »durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden«.

Die »Patrioten« reißen ja wohl zu Zeiten ihr Maul gewaltig weit auf über die »feste Stütze« der Kriegervereine gegen die »sozialdemokratische Gefahr«, indes verhindert das nicht, daß auch diese Stütze wieder gestützt werden muß. Die moderne Arbeiterbewegung, die mit ihren Wurzeln immer weiter ausgreift, zwingt auch die »patriotischen« Krieger, manches zu tun, was ihnen sonst nicht in den Sinn käme.

Die freien Gewerkschaften konnten den »Reform«-bestrebungen des deutschen Kriegerbundes ruhig und kühl zusehen. Als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht sahen sie ja schon manchen »Recken« zur Vernichtung der Arbeiterbewegung anmarschieren, der bald elend im Sande lag. Dafür aber rumort es im Lager der »Freunde« der Kriegervereine, bei den Hirsch-Dunkerschen und den zentrumschristlichen Gewerkschaften. Die befürchten von der neuen »Krieger-Fürsorge« eine arge Konkurrenz, deshalb graben sie das Kriegsbeil aus. Es ist allerdings ein mehr possierlicher »Sturm im Glase Wasser«, der für die Arbeiter aber deshalb nicht ohne Interesse ist, weil die »Christlich-Nationalen« dabei mal wieder zeigen, was sie sind.

Der »Gewerkverein«, das Zentralorgan der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, ruft: »Hände weg!« und es meint weiter, man scheue neuerdings nicht mehr davor zurück, sich in Dinge zu mischen, die Aufgaben der Arbeiterberufsorganisation sein und bleiben müßten. Die Kriegervereine begäben sich mit ihrem Plan auf ein Gebiet, das ihnen nicht gehöre. Man wolle den hinter der Sozialdemokratie stehenden freien Gewerkschaften einen Schlag versetzen, vergesse aber, daß man auch die auf nationalem Boden stehenden Organisationen treffen würde. Der Gewerkverein meint, wenn auch der Schaden, der angerichtet werden könne, nicht allzu groß sein werde, so müsse doch gegen das Vorgehen des deutschen Kriegerbundes Protest erhoben werden. Allen Hirsch-Dunkerschen, die zugleich Mitglieder im Kriegerbund sind, wird der »dringende Rat« gegeben, sich »mit aller Entschiedenheit« gegen den Plan zu wenden »und es nicht zuzulassen, daß Aufgaben, die den Organisationen zufallen, diesen genommen werden«.

Das »Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften« wird in seiner Angst sogar ehrlich, indem es im Gegensatz zum »Gewerkverein« ausspricht, der neue Plan der Krieger »würde der Sozialdemokratie wenig, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aber desto mehr Konkurrenz machen und schweren Schaden zufügen«. Das christliche Zentralblatt meint dann in Übereinstimmung mit dem gleichfalls »christlichen« Bergknappen, im Interesse der Kriegervereine und ihrer »so schönen Aufgabe« sei ein Gegensatz zwischen ihnen und der christlichen Bewegung nicht zu wünschen. Weiter heißt es, das Vorgehen des deutschen Kriegerbundes müsse in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den »heftigsten Widerstand hervorrufen«. Wenn aber das Zentralblatt an den Kopf seiner Alarmnotiz setzt: »Kriegervereine als Ersatz für Gewerkschaften« und wenn es dann weiter schreibt: »Das ist nicht möglich, wird jeder Kenner der gewerblichen und organisatorischen Entwicklung sagen, aber dennoch wird es versucht, dann ist dies doch wieder verheuchelte »Naivität«. Die »christlichen« Eisenbahnerverbände z. B. sind ihrem Statut nach doch schon längst eine Mischung von gelbem Verein und Kriegerbund. Im Statut des seinerzeit gegen den sogenannten Trierer Verband gegründeten »christlichen« Eisenbahnerverbandes hieß es:

»Der Verband steht treu zu Kaiser und Reich. Die Mitglieder sind sich bewußt, daß zu einem geordneten Dienst Disziplin notwendig ist. Deshalb wird jedes Mitglied des Verbandes seinen Dienst pünktlich, treu und gewissenhaft erfüllen, denn nur treue Pflichterfüllung gibt ein Recht, Verbesserungen seiner Lage zu fordern. Der Verband will aber die Lage seiner Mitglieder nicht verbessern durch Kampf mit den vorgesetzten Stellen, sondern im Einvernehmen mit denselben.«

Und in einem Werbeflugblatt wurden die »Christen« als ein besseres Bollwerk gegen staatsgefährliche und »umstürzlerische« Bestrebungen hingemalt, als es »unorganisierte Massen«, die sich leicht mitreißen ließen, seien. Kann man es denn »krieger-mäßiger und gelber treiben? Auch vom bayrischen »christlichen« Eisenbahnerverbande wurde gelegentlich bemerkt, daß sein Statut regierungsseitig beeinflusst wurde, so, daß der Verband dies und jenes im Statut habe »erklären müssen«. In diesem Statut heißt es unter anderem:

»Nicht Umwälzung, sondern soziale Reform ist das Ziel des Verbandes. Deshalb bekennt sich jeder Eisenbahner durch den Eintritt in den Verband als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen.«

Weiter sei noch daran erinnert, daß in dem Buch »Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung«, das von der Presse der christlichen Gewerkschaften günstig beurteilt wurde, der Moralprofessor Biederlack dem Staat das Recht gibt, »seinen« Arbeitern die Koalition überhaupt zu verbieten (versteht sich »durch Vertrag«!), wenn diesen Arbeitern etwas über den »Durchschnitt« an Lohn gezahlt wird!

Indem aber Hirsch-Dunkersche und Zentrumschristen ihre Angst wegen der »Reform«-bestrebungen des deutschen Kriegerbundes und seiner famosen »Versicherung bekunden, verraten sie doch nur, was auch ihre »Stärke« ist. Gewiß gehen die Gewerkschaftszwecke die Kriegervereine nichts an, aber diese Zwecke sollen doch auch garnicht gefördert werden. Der Zweck ist Züchtung von gelben Arbeitern!

Und dadurch fühlen sich die »Christlichen« und »Nationalen« bedroht! Denn das ist ihre Domäne!



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Glossen zur Bewegung.

Neue Folge, III.

In seiner Nr. 2 vom 15. Januar veröffentlicht das Schutzverbandsorgan die Angebote, die der Gehilfenschaft von den Schutzverbandsvertretern bei den Verhandlungen vom 10. und 11. Januar gemacht worden sind. Dabei wird einleitend bemerkt:

»In der unverbindlichen Aussprache vom 8. Januar hatte der Hauptvorsitzende des Senefelderbundes auf Befragen ausdrücklich erklärt, die zu den Einigungsverhandlungen erscheinende Gehilfenkommission sei zum Abschluß legitimiert. Zum Schluß der Verhandlungen, als alle Punkte durchgesprochen waren, erklärte dann plötzlich der Hauptvorsitzende des Senefelderbundes, er müsse die gefaßten Beschlüsse einer Konferenz der Gauvertreter des Senefelderbundes unterbreiten.«

Darüber wundert sich also das Schutzverbandsorgan! Wir können ihm mitteilen, daß die Gehilfenvertreter ohne weiteres die Verhandlungsergebnisse unterschrieben haben würden, wenn die Angebote des Schutzverbandes das Mindestmaß dessen enthalten hätten, was die Gehilfenschaft zu fordern berechtigt ist. Ein abschließendes Urteil darüber konnte natürlich erst möglich sein, wenn alle Angebote der Unternehmer bekannt waren. Das wurde den Schutzverbandsvertretern schon bei den Verhandlungen vom 7. Dezember 1911 deutlich genug gesagt; trotzdem lehnten sie es ab, über die gesamte Vorlage zu verhandeln. Inzwischen sind sie durch die Standhaftigkeit der streikenden und ausgesperrten Gehilfenschaft in dieser Beziehung zu einer besseren Einsicht gekommen und sie haben am 10. und 11. Januar über die gesamte Vorlage verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen erfüllte nun in seiner Gesamtheit das Mindestmaß dessen, was die Gehilfenschaft zu fordern berechtigt ist, bei weitem nicht, sodaß die Gehilfenvertreter diesem Gesamtergebnis unmöglich beitreten konnten. Besonders war nach der kategorischen Ablehnung jeder Lohnaufbesserung eine andere Haltung unserer Vertreter gar nicht möglich. Sie würden sich des Vertrauens der Kollegenschaft direkt unwürdig gezeigt haben, wenn sie auf der durch die Angebote der Unternehmer geschaffenen Grundlage abgeschlossen hätten. Sie müßten dieses Verhandlungsergebnis der Gauvertreterkonferenz, die bereits einberufen worden war, noch bevor neue Verhandlungen in Aussicht standen, vorlegen. Wie diese entschieden hat, wurde dem Schutzverbandsvorstande inzwischen mitgeteilt. Die Kollegen der Streik- und Aussperrungsorte sind diesem Entscheide der Gauvertreterkonferenz vollinhaltlich beigetreten. Sie haben allerorts die Angebote des Schutzverbandes in der vorliegenden Form, besonders wegen der Ablehnung jedes Zugeständnisses in der Lohnfrage, für unannehmbar erklärt. Wenn also die Unternehmer wirklich den Frieden wollen, dann werden sie ihren Schutzverband zu einer entgegenkommenderen Haltung, besonders in der Lohnfrage, veranlassen müssen.

In seinen Schlußbemerkungen zu dem Verhandlungsbericht jammert das Schutzverbandsorgan darüber, »daß es nunmehr unmöglich geworden ist, die Muster für die Leipziger Messe herauszubringen«. Das liegt doch aber wirklich nicht an der Gehilfenschaft und ihrer Organisationsleitung, sondern daran ist allein der Schutzverbandsvorstand schuld, der erst nach Verlauf von 16 Tagen Zeit fand, die Bereitwilligkeitserklärung unseres Hauptvorstandes zu der vom Schutzverbände angeregten neuen unverbindlichen Aussprache zu beantworten! Die Verhandlungen, die erst am 10. und 11. Januar stattfanden, wären schon um Weihnachten möglich gewesen, wenn sie nicht von der Schutzverbandsleitung, ohne jeden für die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen stichhaltigen Grund und nur um den erhofften aber nicht eingetretenen Massenumfall

der kämpfenden Gehilfenschaft abzuwarten, um fast 3 Wochen verschleppt worden wären. Die Unternehmer mögen sich also auch in diesem Falle bei der Leitung ihres »Schutzverbandes« bedanken, wenn ihnen durch seine unverantwortlichen Verschleppungsmanöver das Leipziger Meßgeschäft entgangen und neuer schwerer Schaden zugefügt worden sein sollte. Angesichts dieses gewerbeschädigenden Treibens müßte es von dem vertrauensseligen und durch die Schutzverbandstaktik schwer geschädigten Unternehmertum direkt als eine Verhöhnung empfunden werden, wenn das Schutzverbandsorgan den Mut hat, den Schutzverband wie folgt zu beweihräuchern:

»Die ganze Bewegung ist jetzt in ein Stadium hineingedrängt worden, wo der Schutzverband, wie wir schon des öfteren betont haben, die Rolle eines Verteidigers der Existenzmöglichkeiten des deutschen Steindruckgewerbes übernehmen mußte.«

Der Schutzverband als »Verteidiger der Existenzmöglichkeiten des deutschen Steindruckgewerbes!« Das ist doch wirklich der blutigste Hohn! *Millionen gibt er preis, um eine geringe Verbesserung der Lage der Arbeiter des Gewerbes zu hintertreiben, die das Unternehmertum nur einen Bruchteil dessen gekostet haben würde, was ihm die Schutzverbandstaktik an Schaden zugefügt hat.* Und nun zu dem Schaden noch Spott und Hohn! Daß sich die große Masse des schutzverbändlerischen Unternehmertums dieser Verhöhnung bewußt werden könnte, ist allerdings kaum anzunehmen, da bei der Mehrheit dieser Leute, wie der bisherige Verlauf des Kampfes lehrt, der grimmige Haß gegen die organisierte Gehilfenschaft jede bessere Einsicht im Keime erstickt.

Die Beweihräucherung des Schutzverbandes durch sein Organ nimmt sich um so eigenartiger aus, als es das »Deutsche Steindruckgewerbe« in demselben Artikel kurz vorher beklagt, daß zahlreiche Aufträge ins Ausland wandern. Mit Genugtuung wird allerdings dann in demselben Satze mitgeteilt, daß das Ausland den deutschen Fabriken seine Maschinen zur Verfügung stelle. So sollen von England aus den deutschen Unternehmern 30 Pressen mit garantierten Tagesauflagen von 5000 angeboten worden sein. Natürlich ist man über dieses Angebot hocherfreut. Um die maßvollen Gehilfenforderungen nicht bewilligen zu müssen, überläßt man zahlreiche Aufträge der ausländischen Konkurrenz oder setzt letztere gar durch eigene Aufträge und Verschickung eigener Arbeiten für teures Geld in Lohn und Brot. Das ganze geht dann unter der Marke »Heimatspolitik!«

Das internationale Sekretariat der Lithographen und Steindrucker hat bereits Maßnahmen ergriffen, um dieser Art »Heimatspolitik« das Wasser abzugraben. Das Bemühen des Schutzverbandorgans, die Gehilfenschaft mit der famosen »Heimatspolitik« des schutzverbändlerischen Unternehmertums graulich zu machen, wird daher ebenso ergebnislos bleiben wie alle bisherigen Versuche dieser Art. Die Gehilfenschaft hält durch, bis das Unternehmertum das Mindestmaß dessen erfüllt haben wird, was sie zu fordern durchaus berechtigt ist.

Außer dem vorstehend glossierten Artikel des Schutzverbandsorgans müssen noch zu einem anderen in Nr. 2 erschienenen Beitrage einige Worte gesagt werden. Unter der Überschrift »Von der Disziplin der Gewerkschaften« behandelt das »Deutsche Steindruckgewerbe« den bedauerlichen und verurteilenswerten Disziplinbruch der Berliner Mitgliedenschaft des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und ihrer Vorsitzenden. Zu dem Beschlusse, dem Hauptvorstande die Beitragszahlung zu verweigern und auf eigene Faust selbständig in Berlin vorzugehen, bemerkt das Blatt:

»Ein solcher Vorgang dürfte in der gewerkschaftlichen Bewegung einzig dastehen. So etwas nennt man nach dem gewerkschaftlichen Sprachschatz »passive Resistenz«. Die Gewerkschaftsführer fühlen hier am eigenen Leibe die Früchte ihrer Erziehung. Das Tollste dabei ist, daß ein Gewerkschaftsführer selbst gegen seinen Hauptvorstand die Auflehnung

predigt. Von einer »Disziplin«, mit welcher die Gewerkschaften sich so oft brüsten, kann also keine Rede mehr sein, das nennt man offenen Aufruhr.«

Das Schutzverbandsorgan hätte sich seine Salbadereien schenken können. Disziplinbrüche kommen im Unternehmerlager trotz seines gegenüber der Gewerkschaftsbewegung viel geringeren Umfanges viel häufiger vor wie im Gewerkschaftslager, nur treten sie nicht so offen in die Erscheinung wie bei den Gewerkschaften, die alle ihre Angelegenheiten vor dem Forum der breitesten Öffentlichkeit austragen. Die wenigen Disziplinbrüche, die in der Gewerkschaftsbewegung mit ihren fast 2 1/2 Millionen Mitgliedern da und dort passieren, sind Ausnahmefälle, die an der Regel von der gewerkschaftlichen Disziplin rein gar nichts ändern. Aber auch diese wenigen Ausnahmefälle von Disziplinbrüchen werden von den gewerkschaftlichen Instanzen ganz entschieden verurteilt, und gerade die vom »Deutschen Steindruckgewerbe« zitierten Auslassungen des »Korrespondenzblattes«, die wir in der Rundschau der heutigen Nummer ebenfalls wiedergeben, sind der beste Beweis dafür, daß unablässig an der Festigung und Wahrung der Disziplin von allen Instanzen gearbeitet wird. Beim Unternehmertum haben wir von einer derartigen Arbeit noch nichts wahrgenommen. Das Schutzverbandsorgan mag also lieber seine Leute veranlassen, sich gefälligst an der eigenen Nase zu zupfen.

Aber noch eins! Tut nicht grade das Unternehmertum und nicht zuletzt das Schutzverbandsorgan alles mögliche, um die Disziplinosigkeit in den Gewerkschaften und in der Arbeiterschaft überhaupt mit allen Mitteln zu schüren? Sucht es nicht die Arbeiter durch Versprechungen und Bedrohungen aus den Gewerkschaften zu treiben und zum Verrat an ihren kämpfenden Kollegen und Genossen zu überreden oder zu zwingen, also zum schlimmsten Disziplinbruch, der überhaupt denkbar ist? Solange sich das Schutzverbandsorgan in dieser traurigen Rolle gefällt, hat es wirklich keine Veranlassung, sich über die »Disziplinosigkeit in den Gewerkschaften« aufzuregen und zu entrüsten!

Das »Deutsche Steindruckgewerbe« schließt seine Betrachtungen noch mit folgendem Seitenhieb auf die Gehilfenvertretung bei den Verhandlungen vom 10. und 11. Januar:

»Derartige Auslassungen (gemeint ist das, was das »Korrespondenzblatt« über die Gewerkschaftsdisziplin sagt, D. R. d. Gr. Pr.) sind recht bezeichnend für die gewerkschaftliche Disziplin. Redt häufig kann man aber auch die Beobachtung machen, daß die Führer sich hinter die Massen verschänzen, daß sie bei Verhandlungen erklären, sie seien zu Abschlüssen berechtigt, dann aber plötzlich mit der Erklärung herauskommen, sie müßten die gefaßten Beschlüsse erst noch einer höheren Instanz zur Annahme unterbreiten.«

Wir haben schon weiter oben betont, daß ein Abschluß auf Grund der Angebote des Schutzverbandes und der Ablehnung jeder Lohnzulage eben absolut nicht möglich war. In dieser Frage deckt sich die Ansicht der Gehilfenvertreter ganz und gar mit der der Gehilfenschaft. Sie haben es also durchaus nicht notwendig, sich »hinter die Massen zu verschänzen«, und sie taten es auch nicht, sondern sie handelten ganz nach ihrer eigenen Überzeugung; in dieser Beziehung sind also »Massen und Führer vollkommen eins.«

Wenn sich die Gehilfenvertreter mit den Angeboten der Schutzverbandsvertreter und der Ablehnung jeder Lohnzulage abgefunden hätten, dann würden sie aber nicht nur gegen ihre Überzeugung gehandelt haben, sondern sie hätten auch die Gewerkschaftsdisziplin stark gefährdet, an deren Sicherung doch unserm »guten Freund«, dem Schutzverbandsorgan, nach seinen Ausführungen so sehr viel gelegen ist.

Seit einigen Wochen gibt jetzt auch die jährliche »Postkarte«, der wir durch unsere Mitteilungen über die im Lichtdruckgewerbe versuchten [Lohnrückereien und die Nichtnormierung ihrer Mitarbeiter für einige Zeit den

großen Mund gestopft hatten, regelmäßig wieder über die Bewegung im Steindruckgewerbe ihren Senf zum besten. Welcher Art diese Auslassungen sind, möge ein kleines Beispiel illustrieren. In einem Artikel »Die Buchdrucker über den Steindruckstreik«, den es in seiner diesjährigen Nr. 1 ablagerte und worin es nicht etwa die Meinung des Organs der wirklichen Buchdrucker, des »Korrespondent«, sondern die von uns schon zurückgewiesenen Ausführungen der »Zeitschrift«, also des Organs der Buchdruckunternehmer, wiedergab, schreibt das lustige Blättchen des lustigen Gustav von Pleißathen u. a. folgendes:

»Es ist nicht anzunehmen, daß bei der hierarchischen Konstruktion des freien Gewerkschaftsgebäudes — hierarchisch bis in die Knochen — die Oberhäupter nicht wußten, was die Unterhäupter taten, vorläufig haben die Buchdrucker ein Oberhaupt, die Steindrucker aber ein Unterhaupt, das von jenem mit überwacht wird.«

Die Stilblüte von dem Ober- und dem Unterhaupt, die der lustige Gustav da wieder einmal verzapfte und durch die er sein phänomenales Verständnis für die Einrichtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung im hellsten Lichte erstrahlen ließ, wird viel beitragen zur Erheerung unserer Kollegen in dieser ersten Zeit. Sie werden dem spaßigen Herausgeber des Leipziger humoristischen Blättchens für seine gelungenen Kalauer von Herzen dankbar sein.

Der gute Mann hat aber auch wieder einmal sein gutes und mitfühlendes Herz für die armen verführten streikenden und ausgesperrten Gehilfen entdeckt. Daher bejammert er in Nr. 2 seines Blättchens mit den höchsten Tönen unternehmerlichen Mitgefühls die »frierenden Lithographen und Steindrucker«, an die er salbungsvolle Worte der Ermahnung richtet, doch ja vor dem Unternehmertum so schnell als möglich weh- und demütig zu Kreuze zu kriechen. Mit dem Wort von den frierenden Lithographen und Steindruckern prägte Gustav Jährig ein passendes Gegenstück zu dem Ausspruch v. n. der Siedehitze der Entrüstung, die das Unternehmertum erfaßt haben soll, einem Ausspruch, der seinen Freund, den Schutzbandsdoktor, zum Verfasser hat. Die Krokodilstränen jährigsten Mitleids werden freilich auf die böse Gehilfenschaft ebenso ohne jeden Einfluß bleiben, wie die Fieberglut Dr. Wagnerscher Siedehitze. Die Gehilfen werden nicht weh- und demütig zu Kreuze kriechen, sondern weiterfragen, bis man ihren Forderungen mehr als bisher entgegenkommt. Und wenn Herr Jährig den Kampf beendet zu sehen wünscht, dann mag er auf seine Unternehmungskollegen einwirken, ausreichende Zugeständnisse zu machen und besonders die Löhne aufzubessern, da besonders die strikte Ablehnung aller Lohnzulagen jetzt noch der bedeutendste, den Friedensschluß hindernde Stein des Anstoßes ist. Die Gehilfen brauchen weder Herrn Jährigs Mitleid noch seine Ratschläge; sie wissen selbst am besten, was sie zu tun und zu lassen haben. Die »Postkarte« mag sich daher auch fernerhin auf die ihr am besten liegende komische Rolle beschränken, die sie bisher mit unerreichtem Erfolg gespielt hat.

Können Gelbe streiken?

Unter diesem Titel erschien Anfang November 1910 in der »Metallarbeiter-Zeitung« ein Artikel, der grade jetzt auch in unseren Kollegenkreisen die weitestgehende Beachtung verdient. Alles das, was Dr. Fellingner, gegen den der Artikel polemisiert, zum Ruhme der Gelben behauptet, nehmen bekanntlich auch die Bausarbeiter der Steindruckunternehmer in Berlin, die Frick und Genossen, für sich und ihre gelbe »Freie Vereinigung der Steindrucker und Lithographen« in dem Flugblatt, das sie kürzlich verbreiten ließen (s. Gr. Pr. Nr. 1, Glossen), in Anspruch. Daher trifft alles, was in dem Artikel von den Gelben bei Siemens gesagt wurde, auch für die Gelben im Steindruckgewerbe Wort für Wort zu. Indem wir den Artikel der »Metallarbeiter-Zeitung« in unser Blatt übernehmen, empfehlen wir ihn allen Kollegen zum aufmerksamen Studium. Die Redaktion.

Herr Dr. R. Fellingner, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Siemenskonzerns, hat im Septemberheft der Preussischen Jahrbücher einen längeren Aufsatz über die gelben »Gewerkschaften« veröffentlicht. Der »Bund« (Nr. 39) des Herrn oder der Frau Lebus (der bekanntlich in dem Flugblatt der Berliner Gelben des Steindruckgewerbes zum Abonnement warm empfohlen wurde! D. R. d. Gr. Pr.) beschäftigte sich sehr ausführlich mit der Arbeit des Herrn Dr. Fellingner und bemühte sich gleich diesem den Nachweis zu führen, daß die gelben Vereins-

gebilde keine Gemeinschaft von Verrätern und Streikbrechern seien, sondern sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß auch die gelben Vereinigungen unter Umständen zur Durchführung ihres Willens kämpfen, das heißt streiken werden. Beim Lesen der Fellingnerschen Ansichten und Argumente drängt sich einem die Frage auf: Ist der Herr Doktor wirklich so »naiv«, oder stellt er sich nur so? Wir wollen zugunsten des Herrn das letztere annehmen. Wir wollen es ihm schlichterdingens nicht verübeln, daß er die von ihm gehätschelten und gelätschelten Gelben herauszustreichen versucht, nur kann man von dem Herrn mit dem Doktorhut verlangen, daß er etwas weniger jahrmärktschreierische Reklame betreibt und daß er bei seiner Arbeit das »Körnchen Salz« nicht vergessen sollte.

Es wird genügen, wenn wir uns hier mit den Auslassungen befassen, die sich der »Bund« zu eigen macht. Daß hier keine ehrliche, sondern nur rein agitatorische Darstellung und Absicht vorliegt, erhellt der Satz, daß es »zurzeit kaum etwas auf sozialpolitischem Gebiet gibt, worüber so viel und so leidenschaftlich geschimpft wird, wie über die gelben Gewerkschaften«. So geht es eben. Wenn man ein Ding beim rechten Namen nennt, so heißt es, es werde geschimpft! Wir könnten den obigen Satz als *plumpen Schwindel* bezeichnen, aber wir würden uns dann wieder den Vorwurf zuziehen, daß wir schimpfen.

Seit wann beanspruchen denn die Gelben, daß ihre Vereinigungen als Gewerkschaften bezeichnet werden sollen? Aufgabe aller Gewerkschaften war bisher, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, je nach Möglichkeit, zu verbessern und Verschlechterungen zu bekämpfen. Unterstützungseinrichtungen werden als Mittel zum Zwecke nebenher eingerichtet. Daß die Unterstützungssätze bei Streiks und Maßregelungen höher sind als bei den anderen Unterstützungseinrichtungen — und dies trifft wohl ausnahmslos bei allen Gewerkschaften, auch bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen und christlichen Organisationen zu — beweist zur Evidenz, daß der Hauptzweck der Gewerkschaften der von uns angegebene ist. Das findet auch in allen Statuten der Gewerkschaften an einleitender Stelle Ausdruck. Dagegen ist uns kein Statut der gelben Vereine bekannt, wo dieser Zweck präzise hervorgehoben wird. Wohl findet man eine verschämte und verlausulierte Andeutung in dem »Programm« des »Bundes der gelben Arbeitervereine« von Berlin (1907). Dort heißt es in Punkt 1: »Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder.« Wie das aber geschehen soll und kann, das zeigt der Punkt 5 des »Programms«: »Bekämpfung aller von irgendeiner Seite unternommenen Versuche, parteipolitische Agitation in die gewerkschaftliche Bewegung hineinzutragen sowie überhaupt aller Bestrebungen, die dahin gerichtet sind, die gewerkschaftliche Bewegung ihres rein wirtschaftlichen Charakters zu entkleiden. In Verfolg dieses Zieles daher auch Bekämpfung aller derartigen Streiks, Sperrn, Verrufserklärungen etc., die irgendeinem andern Zwecke dienen sollen, als dem der äußersten Notwehr gegen unerbittliche ernsthafte Schädigungen der Arbeiterinteressen.«

Wenn man diesen Programmpunkt über Gebühr zugunsten der Gelben auslegen will, dann würden sie Streiks etc., die als äußerste Notwehr anzusehen wären, nicht bekämpfen. Hier wäre also vielleicht der Fall gegeben, wo die Gelben — nicht etwa mitstreiken, bewahre, sondern nur die Streikenden nicht bekämpfen, wo sie nicht Streikbrecher werden wollen. Wer entscheidet nun, ob die Streikenden in äußerster Notwehr handeln?

Daß die Organisationen *frivole* Streiks anzetteln, wie von Scharfaherseite so häufig behauptet wird, ist eine faustdicke Lüge, die dem Herrn Dr. Fellingner wohl bekannt ist. Wenn er versucht, die gleichen oder ähnlichen Behauptungen aufzustellen, so tut er es auf Kosten der Wahrheit. In dem angeführten Punkt 5 des »Programms« ist klar und deutlich die Tendenz der gelben Vereine ausgedrückt: *Bewußter und systematischer Streikbruch!* Dadurch ermöglicht sich auch der Punkt 6 des »Programms«: »Erlangung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen.«

Dr. Fellingner behauptet von den Arbeitern der Siemensbetriebe, daß sie, als die freien Gewerkschaften bei der Firma »das große oder vielmehr das einzige Wort führten«, durch Streiks und immer wieder durch erfolglose Streiks in ihrer Verdienstmöglichkeit eingeschränkt wurden. Das steht jedoch im Widerspruch mit den Behauptungen der Direktion der Siemensbetriebe gegenüber den damaligen Arbeiteraussschüssen.

Wie ist der von Dr. Fellingner vielgerühmte gelbe Verein bei Siemens entstanden? Durch das unsolidarische, verräterische Gebaren der gelben Elemente! Alle diese gelben Gebreite sind so entstanden. (Auch für das Steindruckgewerbe trifft das zu! D. R. d. Gr. Pr.) Im Streikbruch war System und Methode. Wie urteilte aber der Vorsitzende des Hannoverschen Gewerbegerichts, Gerichtsassessor Dr. Warmbold, über Streikbrecher? *Streikbrecher sind, wie dem Gewerbegericht bekannt sei, moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streik wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen!*

Es ist ein starkes Stück, zu behaupten, daß die Arbeiter durch die freien Organisationen geschädigt würden. Diese Behauptung erhebt Herr Dr. Fellingner

wider besseres Wissen. Es sei hier an die Aussperrung von 1905 erinnert. Am 21. August 1905 verschickte die Firma Siemens (nebst anderen Firmen) ein Zirkular des Inhalts, daß sie durch das Steigen der Preise für Rohmaterialien und Löhne ihre Preise mit dem Tage des Datums um 10 Prozent erhöhe. Im September forderten zirka 150 Schraubendreher eine Änderung der von der Firma vorgenommenen »Regulierung« der Preise, die in Wirklichkeit eine Verschlechterung darstellte. Es wurden den Arbeitern ungenügende Zugeständnisse gemacht und es kam zur Arbeitsniederlegung der 150 Mann am 18. September. Daraufhin drohte die Firma (in Gemeinschaft mit den A. E. G.-Werken, wo zu gleicher Zeit zirka 250 Lagerarbeiter streikten), wenn die Schraubendreher nicht zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnahmen, die Aussperrung von zirka 10000 Arbeitern an. Die dürftigen Zugeständnisse wurden *ohne weiteres zurückgezogen*. Es kam zur Aussperrung. Zunächst von beiden Firmen gegen 10000 Personen. Das ist Herr Dr. Fellingner alles bekannt! Trotzdem behauptet er — angesichts der Tatsache, daß wegen des Streiks von 150 Arbeitern viele Tausende brutal auf Pflaster geworfen wurden —, daß durch die freien Organisationen die Arbeiter geschädigt wurden! Die gleiche Behauptung leisten sich auch die Flugblattverfasser der gelben »Freien Vereinigung«. Genau so wie in dem Falle Siemens verhielt es sich aber auch bei den Aussperrungen im deutschen Steindruckgewerbe 1906 und 1911. Weil die Gehilfen einiger Städte für eine notwendige Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse streikten, wurden Tausende von Gehilfen in anderen Orten brutal auf's Pflaster geworfen. Und für die *Aussperrten*, nicht für Streikende, sprangen 1911 die Berliner Flugblattverfasser der »Freien Vereinigung« als Rausreißer des Steindruckunternehmertums ein! Die Behauptung Dr. Fellingners und des erwähnten Flugblatts ist also nichts anderes als der unmögliche Versuch, eine nicht zu rechtfertigende Tat zu entschuldigen. D. R. d. Gr. Pr.)

Es sollen durch die Gelben für die Arbeiter bei Siemens Lohnerhöhungen erzielt worden sein. Überall, wo sich Streikbrecher finden, kann man die Tatsache verdeutlichen, daß die Streikbrecher die von den Streikenden geforderten Löhne, oft oder vielmehr meistens bei ungenügender Leistung sogar noch höhere Löhne oder Preise erhalten, wenn auch nur vorübergehend. Es ist der Lohn für den Verrat und der Köder, in Zukunft recht artig und anspruchlos zu sein. Aber neu ist doch diese Methode nicht. Brot und Spiele, Herr Doktor! (Ganz wie im Steindruckgewerbe! D. R. d. Gr. Pr.) Nur schäbig und unfair handelt er, der solche Mittel anwendet, und der, der sich der Unwürdigkeit der Mittel bewußt ist und sich darunter beugt. *Bedauerlich ist der, der sich aus Unwissenheit durch diese Mittel ködern läßt.*

Auch die verhältnismäßig hohen Subventionen der Unternehmer an die gelben Vereine sollen keinen Verrat darstellen. Ein Verrat würde es (nach Dr. Fellingner) nur sein, wenn die Gelben das Versprechen abgegeben hätten oder abgeben würden, niemals mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Fellingner folgert nun, daß die gelben Vereine regelrechte Gewerkschaften seien, daß sie Forderungen — nicht nur in bitrender Form — aufstellen und nötigenfalls ihrer Forderung und ihrem Willen durch Widerstand Nachdruck verleihen können. Unter dem Widerstand versteht auch Herr Fellingner die Arbeitsverweigerung, den Streik. Daß zum Streiken Mittel gehören, weiß auch er. Da die Gelben aber mit ihren Vereinsmitteln nicht streiken dürfen (§ 19 des Statuts der Siemens'schen Gelben lautet: »Die Verwallung des Vereins unterliegt der Aufsicht des Königl.ichen Polizeipräsidiums in Berlin«), so hält Fellingner es für angängig, daß die Gelben »neben ihren satzungsmäßigen Beiträgen, deren Verwendungszweck festgelegt ist, besondere Beiträge sammeln, zu welchen Zwecken sie immer wollen«.

Ob Dr. Fellingner selbst an das glaubt, was er da geschrieben hat? Wir haben die Auffassung, daß er der erste wäre, der die maßregeln würde, die einen solchen Antrag im gelben Verein stellen würden! Zum Streiken gehören auch tüchtige Streikposten. Aber just in dem Moment, wo Dr. Fellingner die Möglichkeit eines Streikes der Gelben in Aussicht stellt, beschloß der Bundestag derselben Gelben in Braunschweig in einer *einmütigen* angenommenen Resolution, das *gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens zu veranlassen!* . . .

Herr Fellingner sagt mit Recht: »Wenn sie (die Gelben) aber streiken wollen, so kann der Arbeitgeber sie so wenig daran hindern, wie früher.« Gewiß nicht, aber sie wollen ja gar nicht, überhaupt niemals streiken! Und diese Hoffnung hat ja auch letzten Endes Dr. Fellingner.

Herr Fellingner glaubt an die Zukunft der Gelben. Das will besagen, daß er an eine gänzliche Korruption der deutschen Arbeiterschaft glaubt. Wir glauben nicht daran. Schon die politische Konstellation sollte Herrn Fellingner eines besseren belehren. Aber auch sein guter Glaube ist etwas getrübt. Denn daß Sozialpolitiker, die er selbst als solche bezeichnet, ausgesprochene Gegner der Gelben sind, das kommt ihm hart an. Deshalb kommt es ihm gelegen, daß ein Dr. Hugo Böttger sich anerkennend über die Gelben äußert, die — nach seiner Meinung — in der Arbeiterbewegung

praktischen und nüchternen Sinn verbreiten. Aber auch wir wollen Stimmen über die Gelben, zu Nutz und Frommen des Herrn Dr. Fellingner zu Worte kommen lassen. Auf dem Kongreß der Liberalen am 6. Juli 1908 äußerte sich Pfarrer Korrel:

»Nach den Erfahrungen aus meinem Wahlkreis fällt die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit der Herausdrängung aller organisierten Arbeiter aus den Betrieben... Die Protektoren der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf so vergiftend, elend und persönlich führt, wie niemand in ganz Deutschland (lebhaft Zustimmung) und die Kriegervereine mit ihrem militärisch reglementierten Geiste und ihrer Gesinnungskriecherei... (Lebhafter Beifall.) Die gelben Gewerkschaften sind eigentlich nur eine Zusammenfassung der unorganisierten Arbeiter. Ich aber habe stets gefunden, daß die organisierten Arbeiter, auch wenn sie ungläubig waren, die sittlich Höherstehenden waren.»

In dem Arbeiterjahrbuch der Hilfe 1909 führt der liberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Manz über die gelben »Gewerkschaften« folgendes aus:

»Zu unterscheiden haben wir lediglich und mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder verdeckt — auf das Streikrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht, und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder abspenstig macht und ihnen bei Gelegenheit in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen, als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen... Noch ist es Zeit, eine reinliche Scheidung vorzunehmen und sich von dem Verdacht zu reinigen, als ob man bei der gewiß berechtigten Bekämpfung der zersetzenden sozialdemokratischen Propaganda so weit über das Ziel schießt, daß man das wichtigste Recht der Arbeiter, das Recht des Zusammenschlusses zur Errichtung günstiger Arbeitsbedingungen, verkümmert oder gar untergraben wollte... So waltet hier nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetz gewährleistetest Koalitionsrecht... Das läßt deutlich erkennen, wohin der Weg führt, damit dem Arbeiter das Koalitionsrecht verloren geht, ohne daß es ihm recht zum Bewußtsein kommen soll. Hie und da ein Zuckerbrot, eine Spende in die Kasse des Vereins und hinterher die Peitsche in der Form eines Abhängigkeitsverhältnisses, das den Arbeiter zu einem Lohnsklaven erniedrigt.»

Daß Theodor Barth die Gelben als Verräter bezeichnet hat, daß der Kongreß der nationalen Arbeiter 1907 weit von den Gelben abrückte, das sei hier nebenbei bemerkt.

Alles in allem: Dr. Fellingner hat ja wegen seiner Stellung alle Veranlassung, für die Gelben Propaganda zu machen. Von dem Generalsekretär der Berliner Metallindustriellen, Nasse, wissen wir, daß er bezahlter Mitarbeiter des Labusschen Bund war. Von Herrn Fellingner ist etwas derartiges nicht bekannt. Aber er wird selbstverständlich die Rausreibertruppe nicht um ihrer selbst willen loben. Das glaube ihm, wer will. Jeder Einsichtige, wenn er nicht Eingeschworener des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist, wird mit uns der Meinung sein, daß die gelben Organisationen Gebreite sind. Sie können zwar in einigen Betrieben dominieren, aber niemals größeren Einfluß allgemein gewinnen. Aber wie ein paar Tropfen übler Flüssigkeit genügen, ein Gefäß reinen Wassers zu trüben, wie der Pestbazillus durch strenge Quarantäne isoliert werden muß, so muß die gelbe Pest auf gewisse Kreise beschränkt bleiben. Aus Reinlichkeitsgründen! □

Aussperrung und Lehrlingsausbildung.

Wir können uns erinnern, daß in einer Nummer des Schutzverbandsblattes »Deutsches Steindruckergewerbe« über die gewerkschaftliche Erziehung der Lehrlinge etwas zu lesen stand. Und zwar wurde sie in häßlicher Weise glossiert. Nun, wie die »Erziehung« der Lehrlinge durch die Unternehmer aussieht, wollen wir an einem Falle illustrieren, der sich während der Aussperrung in der graphischen Kunstanstalt von Merzdorf & Frosch in Saalfeld a. S. zugetragen hat.

Beide Firmeninhaber sind keine Jünger Seneffelders, sondern Jünger Merkurs: Kaufleute. Da Herr Frosch schon im Jahre 1906 bei den Tarifverhandlungen im Leipziger Buchgewerbehaus, an denen er als Ersatzvertreter eines Kreises teilnahm, behauptete, die kürzere Arbeitszeit habe sich in Kleinstädten durchaus nicht bewährt — wofür er allerdings den Beweis oder auch nur die Begründung schuldig blieb —, war er jetzt, wo es sich um eine geringe weitere Verkürzung der Arbeitszeit handelt, selbstverständlich sofort dabei, sein ganzes Personal auszusperrn bis auf einen Kollegen, der selbst noch kündigte und dem Verbands beiftrat.

Alle Lithographen und Steindrucker seiner Firma sind also auch ein Vierteljahr auf dem Pflaster und nur ein Sohn des Herrn Frosch befindet sich in der Steindruckerei. In der Lithographie aber sitzt

der Lehrling ein volles Vierteljahr allein und kein Gehilfe ist da, der ihm etwas beibringen könnte; und sowohl Herr Frosch wie auch Herr Merzdorf verstehen eben beide nichts von der Lithographie, sodaß der Lehrling von keinem der beiden Lehrherren etwas lernen kann. Ein Lithograph, dem die Firma 5 Mark (fünf Mark) Lohn mehr bot, wie sie ihrem bisherigen, durch viele Jahre bewährten Gehilfen bezahlt hatte, zog es der Aussperrung wegen vor, »lern von Madrid« zu bleiben, sodaß der Lehrling tatsächlich ohne jede Möglichkeit, etwas zu lernen, in der Bude sitzt. Schon vor der Aussperrung war er viele Wochen krank und jetzt sitzt er schon ein Vierteljahr ohne Lehrherrn da, und das alles im ersten Lehrjahr!

Aber es kam in der genannten Firma noch schönere. Da auch alle Steindrucker ausgesperrt sind und die Firma schon längst einen Lehrling suchte, so dachte sie wahrlich: die Aussperrungszeit ist die geeignetste Zeit für die Einstellung eines Steindruckerlehrlings. Es fand sich auch ein Jüngling, der Buchdrucker werden wollte. Aber als graphischer Kunstanstaltsbesitzer denkt man wahrlich: es ist gleich, ob Buch- oder Steindrucker, wenn der Junge nur druckt, damit wieder einer von den Gehilfen »rukt! Und man stelle ihn daher als Steindruckerlehrling ein. Nun wollte man auch gleich Kontrakt machen, obgleich man wohl aus den Schulzeugnissen — wenn man sie überhaupt eingesehen hat — ersehen mußte, daß sich der betreffende Junge weder zum Buch- noch zum Steindrucker eignete; wir setzen voraus, daß ein Steindruckerlehrling mindestens so »gescheit« sein muß wie ein Buchdruckerlehrling.

Aber zum Schluß noch eine Frage: Wer sollte wohl dem Jungen etwas von den Grundbegriffen des »chemischen Druckes« beibringen, da doch alle Steindruckergehilfen hinausgeworfen worden sind. Etwa gar das »Heinzelmännchen«, das im Anfangsstadium der Aussperrung in der Firma Merzdorf & Frosch um die mitternächtliche Stunde gearbeitet hat, bis die andern ausgesperrten Gehilfen den »nächtlichen Spuk« in der Geisterstunde entdeckten und versuchten?! J. M. D.

Ortsberichte.

Saalfeld. Am 14. Januar, dem Tage der beginnenden 14. Aussperrungswoche, war unser Gauvorsitzender Kollege Herbst-Leipzig hier, um über die Verhandlungen am 10. und 11. Januar mit dem Schutzverbande zu berichten. Die ganze Vorlage wurde Punkt für Punkt durchgenommen. Die Kollegen waren natürlich schon mit Punkt 1 »Arbeitszeit« nicht einverstanden, was durch die allgemeine Verwunderung und das Erstaunen zum sichtbaren Ausdruck kam. Geradezu ungeheure Heiterkeit erregte allgemein bei Punkt 3 »Lehrlingsfrage« das »Entgegenkommen« des Schutzverbandes. Die Hilfsenschaft soll also die so sehr wirksame Lehrlingsbroschüre, die sich besonders hierorts außerordentlich gut bewährte, fortfallen lassen. Der Hauptvorstand hat nur klug gehandelt, daß er dieses entschieden ablehnte. Im Interesse aller unserer Berufskollegen, deren Berufe durch die jetzige große Aussperrung wiederholt riesig geschädigt worden sind, muß der Hauptvorstand unbedingt auf diesem ablehnenden Standpunkte bestehen bleiben. Die Ausführungen des Kollegen Herbst fanden stürmischen Beifall. Nadfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die Versammlung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker in Saalfeld (Saale) nimmt Kenntnis von den stattgehabten Verhandlungen mit dem Schutzverband und lehnt die geringen Zugeständnisse des Schutzverbandes mit Entschiedenheit ab. Sie ist fest entschlossen, den Kampf so lange fortzuführen, bis die Zugeständnisse solcher Art sind, daß sie einen ehrenvollen Frieden garantieren.«

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Deutscher Lithographen - Bund in Liquidation.

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1911.

Einnahmen:		M.	ck.
Kassenbestand am 1. Oktober 1911		3627	94
Zinsen		36	60
Summa:		3664	54
Ausgaben:		M.	ck.
Krankengeldzuschuß 138 Tage à 1 Mark		138	—
Revision Juli—Oktober 1911		2	—
Porto und Honorar des Geschäftsführers		15	10
Summa:		155	10
Kassenbestand am 1. Januar 1912		3509	44
Summa:		3664	54

Nürnberg, den 4. Januar 1912.
Für die Richtigkeit:
Die Revisoren
Fr. Löblein, Geschäftsführer.
Beisitzer: T. Ott, A. Schulz.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs-, Zeug- und Seiden-Drucker. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Ermahnung.

Das Jahr 1912, das für uns Formstecher im Herbst Verbesserungen unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verspricht, hat begonnen. So mancher Kollege wird sich die Frage vorgelegt haben: wie wird es verlaufen, was wird es uns bringen? Und diese Frage hinsichtlich der Neugestaltung unsrer beruflichen Verhältnisse sowie der Aufbesserung unsrer gegenwärtigen Entlohnung ist vollauf berechtigt. Denn die bescheidene Lohnaufbesserung vom Jahre 1910 ist schon längst wieder durch die allgemeine Verteuerung aller Lebens- und Unterhaltungsmittel überholt worden. Jeder denkende Kollege wird daher mit Spannung und Erwartung den kommenden Vereinbarungen entgegensehen. Daß diese auch die Beseitigung gewisser beruflicher Mißstände vorsehen müssen, wurde an dieser Stelle schon von anderer Seite betont. Wollen wir aber alles Erstrebenswerte und Notwendige erreichen, dann muß die ganze Kollegenschaft zielklar ihren Weg verfolgen. Nutzen wir daher die Zeit aus, um diese Vorbedingung nach Möglichkeit zu erfüllen.

Zustatten kommt uns in erster Linie die gegenwärtige gute Konjunktur. Wie sie den bedeutungsvollsten Lebenserv im ganzen gewerblichen Verhältnis bildet, so ist sie auch ein wichtiger Faktor bei Abschlüssen von Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist auch in der kommenden Zeit eine beständige Arbeitsgelegenheit sehr wahrscheinlich. Neben anderen Umständen hat die Lockerung in dem ehemaligen Tiagegefüge viel zu dieser erfreulichen Sachlage beigetragen.

Wenn auch diese Beobachtungen geeignet sind, uns mit Genugtuung zu erfüllen, so gilt es doch gerade jetzt, wo wir in dem Zeichen der Hochkonjunktur stehen, auf dem Posten zu sein. Gerade jetzt muß den Kollegen zugerufen werden: *Laßt Euch nicht einschleifen durch das anhaltende Überstundenschieben, vergeßt Eure eigenen Interessen nicht! Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und jegliche Verbesserung unsrer Lage allein von der Wirksamkeit unsrer berufenen Vertreter erwarten, sondern wir alle müssen in dieser Richtung tätig sein. Jeder Einzelne hat die Pflicht, seinen Teil mit dazu beizutragen, daß bei den Herbstverhandlungen annehmbare Zugeständnisse geerntet werden.*

Daher muß allerwärts größte Regsamkeit Platz greifen. Mehr wie zuvor müssen wir tätig sein für die Aufklärung aller Mitglieder und für die Werbung neuer Verbandskollegen. Ferner müssen die Versammlungen ein lebhaftes, zweckentsprechendes Gepräge tragen. Auch für die Spartenrubrik unsrer Presse muß reger mitgearbeitet werden; unterrichten wir uns besser wie bisher durch Berichte und Artikel über unser Verbands- und Berufsleben in den einzelnen Orten.

An unsren leitenden Instanzen wird es natürlich auch mit liegen, die Zeit und die Verhältnisse zu nutzen, so gut es eben geht. Eine ihrer ersten Aufgaben in diesem Jahre müßte sein, Heerschau zu halten und die fehlenden Kollegen nach Möglichkeit um unser Banner zu sammeln; stützt sich doch die Verbesserung unsrer Existenzmöglichkeit auf die Macht und Stärke der Organisation, auf eine gute und überzeugte Kollegenschaft. Deshalb Kollegen allerorts und in der Zentralkommission, seid mehr wie zuvor tätig in der Agitation und für die Aufklärung, dann erst werden wir erreißen können, daß das Resultat unsrer diesjährigen Verhandlungen zufriedenstellender wie das Ergebnis der vorigen Verhandlungen wird. k.

Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. Mit unbesrittener Gewißheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle andern großen Organisationen weit überflügeln. Somit werden diese Gewerkschaften für das Volkleben zu einem wichtigen Faktor. Außerlich betrachtet, bildet diese starke Gewerkschaftsbewegung für jeden Arbeiter und jeden Arbeiterfreund Grund zu lebhafter Freude. Je mehr ein Arbeiter für seine Organisation zahlt, desto selbstloser handelt er, desto mehr fördert er das Wohl seiner Berufsgenossen und somit seines Volkes, desto mehr verdient er unsere Achtung.

Evangelisches Gemeinblatt für die Lausitz.
Streikbrecher sind moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streik wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.
Gerichtsassessor Dr. Warmbold, Hannover.

Mehr als die ganze Summe von Entdeckungen und Erfindungen ist die soziale Bewegung der Ruhm unseres Zeitalters. Pfarrer Dr. K. Furrer, Zürich.

Feuilleton.

Reimspiel.

Als Gott den ersten Mann erschuf
Mit einem Worte: »Sei!«
Scholl in der Tiefe nach ein Ruf,
In Gottes Tiefe: »Frei!«

Als ein Mann sprach zum andern Mann
Zuerst: »Ich bin dein Knecht!«,
Fuhr durchs Gewissen ihm ein Bann,
Ein Wort, das brandmarkt: »Schlecht!«

Als sich ein Knecht zuerst erküht,
In sich zu rufen: »Mut!«
Ging's wie ein Gotteshaud, der süht,
Durch Mark und Bein ihm: »Gut!«

Und als sich straffte seine Hand,
Und er froh trotzte: »Krieg!«
Wohl hoch ob lichten Wolken stand
Der Flammenschriftzug: »Sieg!«

Mietskaserne und Gartenstadt.

Jede Bewegung, die die Arbeiterschaft aus den Mietskasernen der heutigen Groß- und Mittelstädte heraus in bessere Wohnungsverhältnisse überführt, muß von ihr aufs freudigste begrüßt und mit allen Kräften unterstützt werden. Jede Bewegung, die geeignet erscheint, die Steigerung der städtischen Grundrente zu verzögern und aufzuhalten, und damit die Möglichkeit für bessere Mieten zu schaffen, muß gerade in der Arbeiterschaft ihre stärkste Hülfstruppe finden. Lidet doch keine Klasse so stark unter den heutigen Zuständen der städtischen Siedelung wie sie. Für die Arbeiterschaft unserer Großstädte gibt es nur eine Hausform, die Mietskaserne. Wollte ein moderner Dante ein neues Inferno schildern, so brauchte er seine Phantasie nicht in gleich qualender Weise zu zermartern wie der Italiener des Mittelalters. In unserer heutigen Gesellschaft gibt es Höllen genug, die allen Bedürfnissen des italienischen Dichters nach Marter und Qual genügen würden, und unter ihnen ist sicherlich die Mietskaserne eine der grausamsten für das Kind, den Menschen in der Fülle seiner Kraft, den müden Greis. Mit geradezu boshafter Raffinerie werden alle die natürlichen, feineren Anlagen des menschlichen Charakters vernichtet, wird jede Selbstständigkeit und Originalität des einzelnen zerrieben, jede Möglichkeit der Sammlung, des Für-sich-seins zerstört. Und je ärmer die Klasse, die in den Mietskasernen haus, desto mehr verschärfen sich alle die Schäden, mit denen sie die körperliche, geistige und sittliche Kraft ihrer Bewohner zermalmen. Worin unterscheidet sich schließlich noch eine Mietskaserne, wie der berühmte, in der Literatur öfters geschilderte »Bienenstock« in Wien, von einem Zuchtthaus?

Wie spielt sich das Leben eines Arbeiters in der Stadt ab? Er wird in der Mietskaserne in einer Ein- oder Zweizimmerwohnung geboren. In

den engsten Raumverhältnissen verbringt er die ersten Jahre seines Lebens, in denen gerade das Raumbedürfnis am stärksten ist und der Spiel- und Bewegungstrieb des Kindes unbeschränkte Freiheit verlangt. Wo findet das Kind in der Mietskaserne diesen Raum und diese Freiheit? Wenn es gut geht, auf der Straße oder in einem engen, lichtlosen, von hohen Wänden umgebenen Hofe. Den nächsten Abschnitt seines Lebens nimmt die Schule in Beschlag. In der modernen Schulkaserne, wo Tausende von Kindern zusammengepfercht werden, umschürt ihn die Disziplin der Schule auf Schritt und Tritt, im Unterricht, draußen auf dem Schulhofe, auf dem Nachhausewege, ja, sogar auf den Schulspaziergängen, diesem schwächlichen Surrogat, das die Großstadt ihren Kindern als Ersatz für das köstliche ziel- und planlose Schweifen der Dorfjugend zu bieten hat. Von der Schule in die Fabrikkaserne mit dem Zwischenspiel des Militärdienstes in der Kaserne par excellence, und so bis an ihr Lebensende! Kein Wunder, daß in dem Maße, wie die wirtschaftliche und politische Kraft der Arbeiterklasse wächst, und mit ihr auch die Erkenntnis von der Bedeutung der Persönlichkeit, der starke Drang in ihr entsteht, wenigstens einen Teil ihres Lebens außerhalb der Kaserne zuzubringen, wenigstens in der Wohnung einmal das Gefühl, sein eigener Herr zu sein, das Gefühl der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu besitzen. Nicht nur die bewußte Einsicht in die hygienischen Schädlichkeiten der Mietskaserne, sondern starke, in großem Umfang noch nicht voll bewußt gewordene Motive auf dem Gebiete der sittlichen Charakterbildung treiben die Elite unserer Arbeiterschaft aus den Mietskasernen hinaus und machen sie zu begeisterten Anhängern des Kleinhauses und der Kleinsiedelung. Der moderne Großbetrieb, der den Arbeiter aus einem selbständigen Produzenten zu einem Anhängsel der Maschine degradierte, hat für die Zeit der Arbeit die selbständige menschliche Existenz des Arbeiters so gut wie ausgelöscht. Diese übermächtige Entwicklung der Technik und Wirtschaft hat die Arbeiterschaft jahrzehntelang widerstandslos mit sich gerissen. Erst nach und nach erwacht sie zu dem Bedürfnis, wieder Mensch zu sein und einen Boden zu finden, auf dem sie sein kann und darf. Da die Erwerbsarbeit dem Arbeiter diese aber nicht gestattet, so muß der Punkt, nach dem der Rest seines Lebens gravitieren kann, außerhalb ihr gesucht werden. Das Haus allein kann diesen Boden schaffen, auf dem sich das äußererbliche, das eigentliche menschliche Leben des Arbeiters unter gesünderen Bedingungen abspielt. Soll aber das Haus ein Gegengewicht bilden gegen die Fabrik und den Kasernierunozwang des wirtschaftlichen Lebens, so darf es nicht selbst eine Kaserne sein. Soll es den Menschen im Arbeiter entwickeln und stärken, so darf es ihn nicht wieder, wie die Fabrik es tut, als Atom unter ungezählten andern Atomen verschwinden lassen, so darf es ihm nicht schon durch seine Anlage jede Möglichkeit zum Aufbau einer kräftigen, eigenen Persönlichkeit rauben. Es muß ihm und seinen Kindern Raum zu freier, ungehinderter Bewegung und Betätigung gewähren, es muß der Familie, und dem einzelnen in der Familie, die Möglichkeit zur »privacy« geben, die

der Engländer als ein so hohes Gut schätzt, und für die uns in der deutschen Sprache ein dementsprechender Ausdruck fehlt. Erreicht kann dieses Ideal nur in dem Einfamilienhause mit eigenem, ausreichendem Hof und Garten werden; doch nähert man sich wenigstens in gleichem Maße, wie die Größe der Häuser abnimmt und die Zahl der in ihnen hausenden Familien geringer wird, den Forderungen des Ideals. Auf das Ein- oder höchstens Zweifamilienhaus drängen aber auch die finanziellen Momente hin. Das große Haus zeigt sich nirgends abschreckender als da, wo es das Hausungsbedürfnis der arbeitenden Klassen befriedigen soll. Es ist kein Zweifel, daß sich viele hygienische und andere, aus dem Zusammendrängen vieler Familien entstehende Nachteile und Schädlichkeiten technisch überwinden lassen, aber ihre Überwindung ist kostspielig und wird daher nur den Klassen zugute kommen, die es bezahlen können. Auch in dem großen Hausbau vermag die Wohnungstechnik den besitzenden Klassen einen annähernden Ersatz für das Einfamilienhaus zu gewähren. Bei den kleinen Wohnungen der Arbeiterklasse ist das unmöglich, ohne ihre Herstellungskosten so zu verteuern, daß sie unerschwinglich werden. Es bleibt also für die Praxis nur das Ein- oder Zweifamilienhaus für den Arbeiter übrig. Deren Anlage erfordert aber billigen Boden, besondere Anbauvorschriften, kurz, ein ganz neues System der Siedelung, wie es die Gartenstadtbewegung anstrebt.

So können wir denn auch die leicht begreifliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterschaft in ihren bestbezahlten und geistig am höchsten stehenden Teilen überall die Entwicklung von Gartenstädten nicht nur mit dem größten Interesse verfolgt, sondern auch tatkräftig unterstützt. Sie begreift täglich mehr, daß um ungeheuren Wohnungselend, unter dem sie zu leiden hat, nur durch eine radikale Umgestaltung unserer Siedelungsverhältnisse abgeholfen werden kann, und daß der Weg aus der Mietskaserne in bessere Wohnungsverhältnisse zur Gartenstadt führt. Es kommt also der Gartenstadtbewegung, mag man sie nun in dem früheren engeren Sinne der englischen Verfechter oder in dem weiteren ihrer deutschen Anhänger auffassen, die große Bedeutung zu, auf dem Gebiet des Arbeiterwohnens durch ihre praktische Gründungsarbeit gezeigt zu haben, daß in der Tat durch sie die Ideale verwirklicht werden können, von deren Realisierung die Arbeiterschaft die Gesundung ihrer Wohnungsverhältnisse erwartet. Zugleich erfüllt sie damit die andere, nicht minder wichtige Aufgabe, als Pionier der Gemeinden, die doch letzten Endes die Träger der Wohnungspolitik sein müssen, die neuen Bahnen zu weisen, in denen sie sich bei ihrer eigenen konstruktiven Tätigkeit zu bewegen haben werden.

Dr. H. Lindemann.

Vom Büchertisch.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Expedition: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Erscheint alle 14 Tage, Nr. 1, 1912. Preis der Einzelnummer 10 Pf. Vierteljahrespreis 50 Pf.

Verbandsnachrichten

Warnung! Bitte um Angabe der Adresse d. Steindr. WENZEL WOLFF aus Neurode i. Schl. Zugleich warnen wir jedermann, demselben etwas zu borgen. [210] A. Uetz, Aarau, Kirchoasse 38. A. Caprari, Wirt zur Krone.

Verschiedenes

„Matt-Lack“. Bester Farben-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3.50, bei 10 Kilo Mk. 3.00.

„Harmalein“. Vorzüglichster Stoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3.50.

„Bronsol“. Gibt feststehende, glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4.00. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. [300]

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen (fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22

Stellenangebote

Jüngerer Lichtdrucker

tüchtige Arbeitskraft, zur Ausbildung an der Tiefdruckpresse in dauernde Stellung gesucht. Gefl. Offerten nebst Gehaltsansprüchen unter Angabe der bisherigen Stellungen und des Alters sowie Beifüg. v. Zeugnisabschriften an **Brend'amour, Simhart & Co., München, Nymphenburgerstraße 20.**

Farben- Kupferdrucker

per sofort oder später bei hohem Lohn gesucht. Offerten an [270] **Bischoff & Höfle, G. m. b. H., München, Kaulbachstr. 51a.**

Photograph

tücht. als **Kopierer** für dauernd gesucht. Ausführliche Offerten erbeten an [150] **Carl Ciosheim, Frankfurt a. M.**

la. Photograph,

welcher mit kopiert, für Mk. 45-48 pro Woche per sofort, sowie ein jüngerer **selbständiger Strich- und ein Auto-Ätzer** für später gesucht. [300] **Conrad Schönhals, Breslau.**

Tücht. Fräser

gesucht, der auch firm in der Montage ist. Eintritt event. sofort. [150] **Köhler & Lippmann, Braunschweig.**

Positiv - Retuscheure

für amerik. Maschinenretusche zu möglichst sofort. Antritt gesucht. Nur tücht. Kräfte wollen sich unter Beischluß von Mustern selbstgefert. Arbeiten u. unter Angabe des Alters u. der Gehaltsanspr. melden. **J. G. Scheller & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26 28.**

Positiv-Retuscheur

speziell Maschinen, bei guten Leistungen in dauernde Stellung sucht **Ankarstrand G. m. b. H., Breslau I, Schweidnitzerstraße 38-40. [180]**

Einige tücht. Maschinen-

Retuscheure auf sof. gesucht. Bewerbung an **J. G. Hudt & Co., G. m. b. H., Braunschweig. [210]**

la. Masch.-Retuscheur

sucht **Alb. Wolf, graph. Anstalt, Mannheim. [120]**

Farbenätzer.

Tücht. Fertigmacherin Drei- und Vierfarbenätzerinnen zu mögl. sofortigem Antritt gesucht. Nur tüchtige Kräfte wollen sich unter Beischluß von Mustern selbstgefert. Arbeiten u. unter Angabe des Alters u. der Gehaltsanspr. melden. **J. G. Scheller & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26 28.**

Messingstecher

Mehrere tüchtige werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. **C. Schubart, Lichtenberg - Berlin, Rittergutstraße 24. [180]**

Mehr Farbenätzer od. Chromolithographen

welche sich der Farbenätzung zu widmen wünschen, gesucht. [240] **Georg Büxenstein & Comp., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240, I.**

1 Aufzeichner, 2 Messing - Stecher,

durch den Arbeitsnachweis, suchen [180] **Carl Friedrich & Co., Radebeul.**

Ein Messingstecher

für Tapetenwalzen, der auch Aufzeichnen u. Abrieftmachen versteht od. Lust hat, sich dasselbe anzueignen, gesucht. Offert. z. richt. an **Eugen Schiebold, Tapetenhandlung, Leipzig-Stötteritz.**

Fünf tüchtige Messingstecher

werden gesucht durch den Nachweis, Sommerarbeit. [210] **Klau & Häntsch, Adlershof-Berlin.**

Lithograph in gesetzl. Jahren, erste Kraft,

durchaus tücht. in Herstellung von graph. Fahrplänen sowie in Schriftbesonders englisch, Gravur u. Federarbeiten Tangier- u. Aitzmanier, findet sofort dauernde Stellung. Dem Bewerbungsschreiben sind Lohnansprüche, Zeugnisse und Muster von selbstgefertigten Arbeiten beizufügen. [390] **Theiner & Meinicke, Hoflief., Breslau, Ring 60.**